



## Protokoll

### **30. Sitzung des Gemeinderates**

**Montag, 21. September 2020, 19:00 Uhr bis 22:47 Uhr**

**Stadhofsaal, Theaterstrasse 1, 8610 Uster**

## TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
  - 2 Protokollabnahme
  - 3 Kommission Bildung und Kultur (KBK), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle der zurückgetretenen Larissa Weile (Grüne)
  - 4 Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle des zurückgetretenen Marco Ghelfi (Grüne)
  - 5 Einzelinitiative 536/2019 von Moira Spohn: Klimanotstand, Änderung der Gemeindeordnung
  - 6 Interpellation 591/2020 von Patricio Frei (Grüne) und Marco Ghelfi (Grüne): Einsatz von Pflanzenschutzmitteln
  - 7 Weisung 65/2020 des Stadtrates: Nachtragskredit 2020 Covid-19-Pandemie
  - 8 Weisung 54/2020 des Stadtrates: Gesuch um Einführung von Tempo 30 in der Zone "Pfannenstielstrasse"
  - 9 Weisung 61/2020 des Stadtrates: Reorganisation der offenen Jugendarbeit
  - 10 Weisung 64/2020 des Stadtrates: Rückbau Temporäre Dreifachturnhalle Buchholz mit Option "Biodiversität", Baukredit von brutto 325'000 Franken inkl. MWST
- ./.

- 11 Weisung 67/2020 des Stadtrates: Energie Uster AG, Geschäftsbericht 2019
- 12 Postulat 573/2020 von Patricio Frei (Grüne): Weniger Laubbläser und Laubsauger
- 13 Postulat 575/2020 von Karin Niedermann (SP) und Angelika Zarotti (SP): Bewegung auf sicheren Schulwegen
- 14 Kenntnisnahmen

## Präsenz

Vorsitz Protokoll	Karin Niedermann (SP), Präsidentin Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	35 (ab 19:50 Uhr 36) Ratsmitglieder (inklusive Präsidentin)
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung (ab 19:30 Uhr) Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Pascal Sidler, Stadtschreiber
Verspätet	Peter Müller (FDP) bis 19:50 Uhr
Gäste	Sarina Laustela, LG-Leiterin Abfallbewirtschaftung und LG Umwelt Enrico Quattrini, Abteilungsleiter Sicherheit Moira Spohn, Einzelinitiantin, mit beratender Stimme bei TOP 5 Simon Berger Stefan Hartmann Rebekka Nitsch Mara Schneider Lena Rothenbühler
Presse	David Marti, AvU Deborah von Wartburg, AvU

Die Präsidentin begrüsst die Medienleute und Gäste aus der Verwaltung.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär (absolutes Mehr 18).

Die Ratspräsidentin erläutert das Vorgehen betreffend Einladungen und Doppelsitzungen von Rats-sitzungen und erklärt weiter: *Für die interessierte Öffentlichkeit steht ab sofort gegen Voranmel-dung eine beschränkte Anzahl Sitzplätze zur Verfügung.*

*Heute findet keine Livestream-Übertragung statt. Die Geschäftsleitung wird über das weitere Vorge-hen noch beschliessen.*

*Zum Greifenseelauf, der heuer anders durchgeführt worden ist. Ich gratuliere allen Ratsmitgliedern in globo, die daran teilgenommen haben.*

## Änderung Tagesordnung

Die Rechnungsprüfungskommission hat die Weisung 64/2020 noch nicht abgeschlossen und dieses Geschäft vertagt. Somit hat die Ratspräsidentin TOP 10 von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

## Fraktionserklärungen

Für die SP-Fraktion verliest **Florin Schütz** (SP) folgende Fraktionserklärung: *«Endlich», war man versucht im ersten Moment zu denken. Endlich. Moria brennt! Dieser Ort des Elends auf der griechischen Insel Lesbos. Wo sich Kinder vor Hunger und Perspektivlosigkeit die Haare ausrissen oder gar versuchten sich umzubringen. Wo Krankheiten wie die Krätze und Tuberkulose grassierten, Menschen in Schlamm und Abfall hausten, der Zugang zu Nahrung und Wasser nicht gewährleistet war. Ein Freiluftgefängnis für die Opfer der menschenverachtenden europäischen Migrationspolitik in Schutt und Asche. Endlich. Aber dieser Gedanke war schnell wieder weg, wenn man die Konsequenzen betrachtete: Rund 13'000 Menschen verloren alles, was sie besaßen und wurden obdachlos. Es mangelte an Wasser, Lebensmitteln und medizinischer Versorgung. Flüchtlinge mussten Abwasser nutzen, um sich zu waschen und mit Flüssigkeit zu versorgen. Und was macht die Schweiz? Gerade einmal 20 Flüchtlinge will der Bund aufnehmen. Das ist lächerlich und hat nichts mit einer angeblich humanitären Tradition zu tun. Neun Städte haben bereits deutlich gemacht, dass sie bereit wären, Flüchtlinge direkt von den griechischen Inseln aufzunehmen. Darunter auch Winterthur und Zürich. Doch die Entscheidung liegt beim Bund und die zuständige Bundesrätin Karin Keller-Sutter scheint ihre humanitäre Seite noch nicht gefunden zu haben. Man will «vor Ort helfen». Zelte und Schlafsäcke liefern, das Lager wieder aufbauen: Moria 2.0. Die griechische Regierung ist seit Tagen dran, neue Internierungslager zu bauen und schreckt nicht davor zurück, auch Kinder mit Gewalt und Tränengas in die neuen Lager zu drängen. NGO wurde verboten, Flüchtlinge ausserhalb der neuen Lager zu versorgen, die Zustände in den neuen Lagern sind bereits jetzt wieder katastrophal. Das können und wollen wir nicht akzeptieren: Moria muss evakuiert werden und die Schweiz soll einen substanziellen Teil dazu beitragen. Es braucht jetzt den Druck der Städte, um den Bund zum Einlenken zu bringen. Die SP-Fraktion fordert den Stadtrat auf, anderen Städten zu folgen und sich gegenüber Kanton und Bund bereit zu erklären, Flüchtlinge von den griechischen Inseln aufzunehmen und die vorhandenen Asylunterkünfte voll auszulasten, soweit dies die Corona-Massnahmen zulassen, sowie eine nationale Konferenz zur Direktaufnahme von Flüchtlingen zu fordern. Die Schweiz hat Platz, Uster hat Platz. Und die Infrastruktur steht bereit. Nutzen wir sie, um dieser humanitären Schande ein Ende zu setzen.*

Für die Grüne-Fraktion verliest **Patricio Frei** (Grüne) folgende Fraktionserklärung: *365 Tage im Jahr steht eine grosse Fläche im Zentrum von Uster bereit, um darauf ein Auto abzustellen. Ansonsten wird diese Fläche nicht genutzt. Und wenn ein Auto draufsteht, wird dieses dann gerade auch nicht genutzt... Auf 14 Parkplätzen wurde uns am letzten Freitag für fünf Stunden vor Augen geführt, wie man diese Fläche tatsächlich nutzen kann: Die Harfenspielerin Anna Kolm gab ein Konzert, in der ehemaligen Busbucht vor dem Stadthaus streckten plötzlich Bäume ihre Äste und Früchte gegen den Himmel und vor der Hauptpost hatten wir Grünen ein Sofa und einen Töggelikasten aufgestellt; zwei Künstler bauten mit Milch, einem Holzpflock und Spielzeugautos ihre Installationen auf; Kinder verschönerten mit viel Kreide den Boden und die Webernstrasse erfüllte sich mit Klaviermusik. Am Parkingday geht es darum, Parkplätze vorübergehend zu besetzen und so wichtigen Lebensraum zurückzugewinnen. Es zeigte sich, was möglich ist, wenn man den Menschen den Platz dazu bietet. Sie leben ihre Kreativität aus. Und damit rechtfertigten sie auch die verdankenswerte Bewilligung durch die Stadt Uster. Auch die Reaktionen der Fussgängerinnen und Velofahrer im Zentrum von Uster war durchwegs positiv: Sie hatten Freude am Gebotenen und den aufgewerteten Parkplätzen. Nach fünf Stunden war die Aktion vorbei, und die Parkplätze können die restlichen 99,94 % des Jahres wieder «ungenutzt» werden.*

## Persönliche Erklärungen

**Andrea Grob** (FDP) verliest folgende Erklärung: *Dass die Stadt Uster plant, per 1. Januar 2021 ein eigenes Angebot für Tagesstrukturen aufzubauen, zeigt mir auf, dass das Anliegen, betreuende und pflegende Angehörige zu entlasten erkannt und aufgenommen wird und dass man etwas unternehmen will, auch wenn die Statistik betreffend Nachfrage in der Antwort eine leidige Tatsache widerspiegelt.*

*Sehr enttäuscht bin ich aber darüber, dass immer wieder darauf hingewiesen wird, dass die Auslastung zu tief ist. Ja, «um Himmels willen».... Weiss die Zielgruppe überhaupt, dass es ein solches Angebot gibt?!? Ich glaube, kein einziges Unternehmen kann überleben, indem man tolle Angebote zusammenstellt, ohne diese überhaupt einer möglichen Nachfragegruppe vorzustellen. Für mich heisst das konkret, dass man diese Zahlen rasch ändern kann, z. B. mit einem Flyer (Flyer Geratrium aufheben und zeigen). Der Aufwand ist gering, beispielsweise bei einer Spitexrechnung einen solchen beizulegen.*

*Die Ferienbetten muss man „bewirtschaften“, d.h. das Angebot muss sichtbar und transparent - auch was die Kosten betrifft - gemacht werden. Der interessierten Bevölkerungsgruppe muss unbedingt aufgezeigt werden, dass auch die drittgrösste Stadt im Kanton ein zeitgemässes und konkurrenzfähiges Ferienbett-Angebot besonders für betagte Personen hat. Wenn dem so ist, so wird auch die Nachfrage nicht ausbleiben. Das Gleiche gilt bei der anzubietenden Tagesstruktur. Den betroffenen Personen, hauptsächlich Seniorinnen und Senioren, muss diese Dienstleistung entsprechend vorgestellt werden. Sie können so motiviert und überzeugt werden, diese Dienstleistung zu nutzen. Wenn das Angebot (mit Aktivierungsangeboten) stimmt, wird auch die Nachfrage und somit die Kasse stimmen.*

*Ein ganz „bitzeli“ wütend macht mich die Antwort auf Frage 10: «Wie stellt sich der Stadtrat zum Fakt, dass Bürgerinnen und Bürger von Uster die Wertschöpfung somit in umliegenden Gemeinden erbringen?» Der Stadtrat antwortet doch tatsächlich damit, dass eine freie Angebotswahl besteht. Die Nachfrage sei gering und somit auch eine geringe Wertschöpfung vorhanden. Äxgüsi, aber da schlägt Links und Staatsbetrieb voll durch.... Ich verweise auf die Mitte meines Referates... ein Angebot muss publik gemacht und bewirtschaftet werden. Und liebe Links-Mehrheit in diesem Saal... Wir sind dringend auf Steuereinnahmen angewiesen. Eine Wertschöpfung in der eigenen Stadt ist deshalb unbedingt zu priorisieren. [vergleiche Anfrage 597/2020]*

**Ivo Koller** (BDP) verliest folgende Erklärung: *Die Generalversammlung der BDP Uster hat entschieden, die Ortspartei per 30. September 2020 aufzulösen. Wir verabschieden uns würdig, mit Anstand und in geordnetem Rahmen. Die schwierigen Umstände und die schmerzlichen Wahlniederlagen wogen zu schwer, um sich davon wieder zu erholen und zur Fusion mit einer konservativen Kraft konnten wir uns nicht anfreunden.*

*Im Namen der BDP Uster möchte ich mich bei allen politischen Wegbegleitern für die angenehme Zusammenarbeit bedanken und lasse sie alle freundlich grüssen. Mein persönliches politisches Wirken werde ich in der GLP und somit weiterhin in dieser Fraktion fortsetzen.*

**Paul Stopper** (BPU) verliest folgende Erklärung: *Uster ist bald «museumsfrei». Im Jahresbericht 2019/20 des «Unteroffiziers-Verein Uster / Compagnie 1861» steht:*

*«Die gute Nachricht: Es gibt eine Lösung für unser Zeughausproblem. Die Ersatzstandortsuche konnte in diesen Tagen erfolgreich abgeschlossen werden. Die schlechte Nachricht: Das Projekt «Winikon 1» ist gescheitert und in Uster gibt es keine Alternative. Wir verlassen die Stadt und statt wie geplant in ein historisches militärisches Gebäude zu wechseln, bezieht der 'Unteroffiziers-Verein Uster' jetzt ein ziviles Objekt im Tösstal».*

*So wird das historische Zeughaus «Winikon 1» weiterhin für die Lagerung der von der Stadtpolizei als «geklaut» und gefunden bezeichneten Velos dienen. Eine sehr teure Lagerung, denn wir wissen ja nicht genau, wieviel die Stadt Uster der Armasuisse für das ausrangierte Zeughaus «Winikon1» bezahlt hat.*

*Mit der Vertreibung des UOV Uster aus unserem Gemeindebann hat der gegenwärtige Stadtrat fertiggebracht, was noch nie eine Stadtregierung angestrebt hat, nämlich dass gleichzeitig zwei Ustermer Museen mit grosser Ausstrahlungskraft aus dem Gemeindebann von Uster vertrieben werden. Uster ist bald «museumsfrei».*

*Was läuft in Uster falsch? Liegt es am Klima? Herrscht hier auch ein Klima-Notstand? Weshalb stimmen in Uster die Rahmenbedingungen für Vereine nicht mehr? Das müsste dem Stadtrat doch grosse Sorgen bereiten. Er müsste doch alles tun, um in Uster jene Kräfte zu fördern, die noch etwas zu Gunsten von Uster leisten wollen. Graphos und UOV sind jetzt Geschichte. Was kommt als Nächstes? Ob es das Jazz-Archiv «swissjazzorama» dereinst schafft, im Zeughaus Einzug zu halten? Unter der Prämisse, dass das Zeughaus eigenwirtschaftlich betrieben werden soll, wie das der Gemeinderat angeblich beschlossen haben soll? Geht es dem Industriepfad bald auch so? Dieser wird heute nämlich weder bewirtschaftet noch vermarktet. Auch die Dampfmaschine in der Brauerei Uster – ein sehr interessantes Objekt der Industriegeschichte – wird nicht präsentiert. Auch die Lok-Remise Uster ist nicht auf dem Radar der Stadt Uster.*

## 1 Mitteilungen

Larissa Weile (Grüne) hat auf den 30. September 2020 ihren Rücktritt aus dem Gemeinderat erklärt. Der Bezirksrat hat sie mit Präsidialverfügung vom 3. August 2020 unter Verdankung der geleisteten Dienste entlassen und den Stadtrat eingeladen, die Nachfolge zu bestimmen. Der Stadtrat hat am 25. August 2020 die Ersatzwahl durchgeführt (vergleiche Seite 874). Die Ratspräsidentin würdigt ihre Amtstätigkeit: *Larissa Weile wurde vom Stadtrat per 5. September 2018 anstelle von Thomas Wüthrich als Gemeinderätin gewählt erklärt und gehörte seitdem der Kommission Bildung und Kultur (KBK) an. Als Mitunterzeichnerin einer Anfrage verlangte sie vom Stadtrat Auskunft über die „Flugshow“ der Patrouille Suisse anlässlich des Greifenseelaufs 2019 und bei einer Interpellation erkundigte sie sich betreffend „Neues Familienzentrum am Gerichtsplatz“. Kein Erfolg war ihr mit der Motion für ein zeitgemässes Finanzierungsmodell für die familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter trotz Umwandlung in ein Postulat beschieden. Larissa Weile hat sich in erster Linie in die Arbeit der KBK eingebracht. Ihr verbindendes und freundliches Wesen werden wir vermissen. Für ihre Zukunft wünschen wir alles Gute und viel Erfolg.* (Applaus)

## **2 Protokollabnahme**

Das Protokoll der 29. Sitzung des Gemeinderates vom 31. August 2020 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 GeschO GR als genehmigt.

**3 Kommission Bildung und Kultur (KBK), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle der zurückgetretenen Larissa Weile (Grüne)**

Die Wahl der Kommissionsmitglieder erfolgt geheim, sofern mehr Kandidaten vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 36 Abs. 1 GeschO GR).

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), Rolf Denzler (SVP), schlägt zur Wahl vor: Marco Ghelfi (Grüne).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Präsidentin erklärt den Vorgeschlagenen als gewählt.

**Wahl**

**Der Gemeinderat beschliesst:**

- 1. Marco Ghelfi (Grüne) wird mit Wirkung ab 1. Oktober 2020 als Mitglied der Kommission Bildung und Kultur für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

**4 Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle des zurückgetretenen Marco Ghelfi (Grüne)**

Die Wahl der Kommissionsmitglieder erfolgt geheim, sofern mehr Kandidaten vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 36 Abs. 1 GeschO GR).

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), Rolf Denzler (SVP), schlägt zur Wahl vor: Natalie Lengacher (Grüne).

Der Stadtrat hat am 25. August 2020 Natalie Lengacher (Grüne) anstelle der aus dem Gemeinderat zurückgetretenen Larissa Weile (Grüne) mit Wirkung ab 1. Oktober 2020 als gewählt erklärt (vergleiche Seite 871).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Präsidentin erklärt die Vorgeschlagene als gewählt.

**Wahl**

**Der Gemeinderat beschliesst:**

- 1. Natalie Lengacher (Grüne) wird mit Wirkung ab 1. Oktober 2020 als Mitglied der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

## **5 Einzelinitiative 536/2019 von Moira Spohn: Klimanotstand, Änderung der Gemeindeordnung; Bericht und Antrag des Stadtrates sowie Mitbericht der Sekundarschulpflege**

Der Gemeinderat hat am 8. April 2019 die Einzelinitiative vorläufig unterstützt (vergleiche Seiten 390-394).

Heute haben der Gemeinderat, der Stadtrat und die Sekundarschulpflege sowie die Einzelinitiantin erhalten:

- Antrag der SP-Fraktion vom 21. September 2020: Änderung von Ziffer 2 (Umsetzungsvorlage: Art. 1 Abs. 5 Bst. c GO) des Antrags der Kommission öffentliche Dienste
- Antrag der Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion vom 21. September 2020: Änderung von Ziffer 2 (Umsetzungsvorlage: Art. 1 Abs. 5 Bst. c und Bst. d GO) des Antrags der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit
- Rückweisungsantrag von Paul Stopper (BPU) vom 21. September 2020

Die Einzelinitiantin hat das Recht, ihren Antrag persönlich zu begründen und an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilnehmen, falls ein entsprechendes Gesuch von mindestens einem Viertel der anwesenden Mitglieder des Gemeinderats unterstützt wird (§ 138c Abs. 2 i. V. m. § 139a Abs. 2 bzw. § 139 b Gesetz über die politischen Rechte [GPR]).

Die Einzelinitiantin hat dieses Gesuch eingereicht, womit der Gemeinderat darüber zu beschliessen hat.

**Abstimmung über persönliche Begründung durch die Einzelinitiantin und deren Teilnahme mit beratender Stimme (Quorum 9 von 35 anwesenden Ratsmitgliedern)**

**Der Gemeinderat beschliesst mit offensichtlicher Mehrheit (Quorum erreicht):**

**Die Einzelinitiantin kann ihren Antrag persönlich begründen und an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilnehmen.**

**Markus Ehrensperger (SVP):** *Der Stadtrat will zwar den Klima-Notstand mit dieser Weisung nicht ausrufen, aber irgend in einen unkontrollierbaren Strudel ist er dennoch geraten. Nur so lässt sich diese Weisung erklären, die doch einige gesetzliche Vorschriften ausser Acht lässt. Auch die KSG-Änderungen bezüglich des Formellen bessern die Situation nicht wirklich.*

*Gemäss Gesetz über die politischen Rechte klärt der Stadtrat nach der vorläufigen Unterstützung einer Einzelinitiative ihre Gültigkeit ab und erstattet dem Gemeinderat Bericht und Antrag darüber. Der Gemeinderat entscheidet dann, ob er die Einzelinitiative gleich direkt ablehnt oder ob er einen Umsetzungsvorschlag in Auftrag geben will. Weil hier haben wir es ja offenbar mit einer Initiative in Form der allgemeinen Anregung zu tun. Es steht zumindest so im Initiativtext. Ob es wirklich auch so ist, wissen wir nicht, denn es fehlt ja die juristische Beurteilung.*

*Verläuft die politische Bearbeitung einer Einzelinitiative in Form einer allgemeinen Anregung also in vier Schritten, dann will der Stadtrat die Schritte zwei und drei gleich auslassen. Die Prüfung auf Gültigkeit und die Grundsatzabstimmung. Insbesondere bei dieser Einzelinitiative ist die Prüfung der Gültigkeit absolut zwingend, will sie doch mit dem Notstand eine für Jahre gültige, massivst in das Alltagsleben von uns allen eingreifende Situation herbeiführen. Es wird danach im Leben der öffentlichen Hand und von allen Gewerblern und Privaten nichts mehr so sein, wie es jetzt ist.*

*Und die Frage, ob das Parlament die Initiative überhaupt annehmen will, wird auch nicht gefragt. Oder in einem Brettspiel ausgedrückt: Der Stadtrat will seine Figur schon ins Ziel schieben, obwohl er gar nicht am Zug ist und auch nicht gewürfelt hat. Daher: Zurück zum Start!*

*Ich stelle den Ordnungsantrag auf Rückweisung und gesetzeskonforme Bearbeitung.*

**Abstimmung über den Rückweisungsantrag**

Markus Ehrensperger (SVP) beantragt Rückweisung an den Stadtrat.

**Der Rückweisungsantrag wird mit 16:19 Stimmen a b g e l e h n t .**

Die Einzelinitiantin, **Moira Spohn**, begründet ihren Antrag: *Vor rund anderthalb Jahren hat unsere Biologielehrerin uns die Möglichkeit für den Start eines Klimaschutzprojekts gegeben. Sie hat – durch unsere Abwesenheit am Freitag – gemerkt, dass uns die Klimakrise beschäftigt, denn fast die gesamte Klasse hat jeweils am Klimastreik teilgenommen. Und so kam es dann dazu, dass Rebekka Nitsch, Mara Schneider, Lena Rothenbühler und ich uns zusammengetan haben, um diese Einzelinitiative zu starten. Uns ist es nämlich sehr wichtig, dass etwas auf politischer Ebene geschieht, damit Massnahmen eingeführt und umgesetzt werden.*

*Die Krise, die auf uns zukommt, wird ganz viele Veränderungen in den verschiedensten Bereichen mit sich bringen, in den einen Ländern vielleicht etwas mehr als in den anderen. Aber Tatsache ist, früher oder später verlangt die Krise ein Umdenken von uns allen. Man hat und doch bereits als Kinder gelehrt, dass Aufschieben keine Lösung ist. Und genau das ist auch hier der Fall. Je späte wir damit beginnen konkrete Massnahmen einzuführen und umzusetzen, desto grösser werden die Konsequenzen, die auf uns zukommen werden. Und desto schwieriger wird es sein, dagegen vorzugehen. Denn die Natur kann sich nicht erholen, wenn wir so weitermachen. Darum ist es extrem wichtig, dass wir aufhören das Problem vor uns her zu schieben und einfach der nächsten Generation zu überlassen.*

*Mit einem Massnahmenplan, der ausgearbeitet worden ist, wird immerhin auf das Problem eingegangen. Es ist auf jeden Fall ein Anfang. Was uns aber sehr bedrückt ist, dass das Zwischenziel – bis 2030 eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses auf 3,4 Tonnen pro Einwohner und Einwohnerin pro Jahr zu erreichen – abgelehnt worden ist. Auch wenn wir trotzdem noch auf das gleiche Ziel – bis 2050 Netto Null zu erreichen – anstreben, taucht genau da wieder der Fall auf des Vorsicherschlebens. Also: Bitte nehmen Sie die Klimakrise ernst und, auch wenn leider der Notstand nicht ausgerufen wird, behandeln Sie die Krise mit grosser Dringlichkeit!*

*Denn wir sitzen schlussendlich alle im gleichen Boot. Darum überlassen Sie das Problem nicht einfach der nächsten Generation! Denn es wird über mehrere Generationen dauern, bis wir das Problem gelöst haben werden. Also: Wir bitten Sie, seien Sie die Generation, die einen Anfang macht!*

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Andrea Grob** (FDP): *An der Sitzung der Kommission Soziales und Gesundheit am 7. September 2020 ging es um die Einzelinitiative von Moira Spohn. Thema: Klimanotstand. Die Initiative hat durchaus Potential für heisse Diskussionen. So hat nebst der KSG auch der Stadtrat vorgängig einen Antrag gestellt. Ganz kurzfristig kam von der SVP/EDU-Fraktion ein Änderungsantrag.*

*In der Kommission haben wir lange über die Nomen «Notwendigkeit» und «Dringlichkeit» diskutiert. Welches Wort erfüllt hier seine korrekte Aufgabe? Wo liegt eigentlich der Unterschied? Am Schluss unterlag dann das Wort «Notwendigkeit» dem der «Dringlichkeit» mit 4:5 Stimmen. Wir berieten auch, den bisherigen bestehenden Absatz 5a «den sparsamen Umgang mit Primärenergien» in der Gemeindeordnung nicht wie vom Stadtrat angedacht zu streichen. Wir diskutierten auch über den Punkt «den vollständigen Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energiequellen bis 2050». Für die einen ein völlig unrealistisches Ziel, für die anderen unverzichtbar. Und so oder so, es ist Teil des Pariser Abkommens und somit sind wir quasi verpflichtet, dies zu übernehmen.*

*Einzelne Kommissionsmitglieder bedauerten, dass Moira Spohn nicht der Einladung gefolgt ist und in der Kommission Red und Antwort gestanden hat.*

*Nach einer gut einstündigen Aussprache haben wir mit 8:1 Stimmen einen Nenner gefunden: Die Kommission Soziales und Gesundheit beantragt vom Gemeinderat folgende Änderungen im Dispositiv:*

- 1. Die Einzelinitiative von Moira Spohn ist gültig.*
- 2. Art. 1 der Gemeindeordnung (GO) vom 25. November 2007 bzw. der Fassung vom 25. November 2012) wird wie folgt abgeändert:*

*Absatz 4: Die Gemeinde anerkennt die Dringlichkeit der Eindämmung des Klimawandels*

*Absatz 5a: Den sparsamen Umgang mit Primärenergien*

*Absatz 5b: Eine kontinuierliche Reduktion des Energieverbrauchs pro Einwohnerin und Einwohner*

*Absatz 5c: Eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner gemäss den Vorgaben der Bundesgesetzgebung*

*Absatz 5d: Die Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energiequellen*

*Absatz 5e: den vollständigen Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energiequellen bis 2050*

Die Abteilungsvorsteherin Gesundheit, **Stadträtin Karin Fehr Thoma**, nimmt Stellung: *Die Stadt Uster ist sich der absehbaren Folgen eines ungebremsten Klimawandels für die Schweiz in Form von mehr Hitzetagen, trockenen Sommern, heftigen Niederschlägen und schneearmen Wintern sehr bewusst. Zusammen mit Bund und Kanton Zürich will, soll und muss auch die Stadt Uster das Ausmass des Klimawandels einschränken helfen.*

*Zu diesem Zweck schlägt der Stadtrat vor, den heute gültigen Umweltartikel in der Gemeindeordnung zu aktualisieren: Dieser bildet die Basis für das städtische Engagement in den Bereichen Klima, Energie und Nachhaltigkeit. Neu sollen die Anerkennung der Dringlichkeit der Eindämmung des Klimawandels, konkrete CO<sub>2</sub>-Reduktionenziele bis 2030 bzw. bis 2050 und der vollständige Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energiequellen bis 2050 im Umweltartikel verankert werden. Grundlage für den Absenkpfad bis 2030 bildet der Sonderbericht des von Moira Spohn in ihrer Einzelinitiative erwähnten Weltklimarats IPCC zur Beschränkung der globalen Erwärmung auf 1.5 Grad gegenüber vorindustriellem Niveau. Um die Erwärmung auf diese 1.5 Grad zu begrenzen, ist die vorgeschlagene, rasche Absenkung bis 2030 nötig.*

*Der Stadtrat verweist in seinem Bericht auch auf den sich aufgrund der Leistungsmotion 620/2018 bereits in Erarbeitung befindenden Massnahmenplan Klima. Dieser soll zum zentralen Planungs-, Koordinations- und Vollzugsinstrument für eine wirksame Klimapolitik der Stadt Uster werden. Auch dieser Massnahmenplan orientiert sich soweit wie möglich an den verschiedenen Berichten des IPCC. Er wird sowohl Massnahmen zur Eindämmung des Klimawandels als auch solche zur Anpassung des Klimawandels enthalten. Eine der flankierenden Massnahmen wird dabei auch die Information der Bevölkerung betreffen – einem weiteren zentralen Anliegen von Moira Spohn. Zum Thema Klima finden sich aber bereits heute verschiedene Informationen auf der städtischen Website.*

*Und dem bereits publizierten Zwischenbericht zum Massnahmenplan Klima können Sie auch entnehmen, dass sich die Stadt Uster bei den kommunalen Gebäuden und den kommunalen Fahrzeugen ehrgeizigere CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele setzen soll als im aktualisierten Umweltartikel definiert. Denn nur so wird die Stadt Uster eine wichtige Vorbildrolle einnehmen können.*

*Der definitive Massnahmenplan Klima wird dem Stadtrat und dem Gemeinderat voraussichtlich im 1. Quartal 2020 zur Kenntnisnahme unterbreitet werden.*

*Dem Anliegen von Moira Spohn, bei jeglichen Geschäften die Auswirkungen auf das Klima zu berücksichtigen, will die Stadt Uster mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung und der Nachhaltigkeitsbeurteilung von grösseren Projekten nachkommen. Dies hat dieser Gemeinderat an seiner letzten Sitzung vom 31. August 2020 mit der Annahme von Bericht und Antrag zum Postulat Nachhaltigkeitsberichterstattung bereits beschlossen.*

*Noch zur Sekundarschulgemeinde Uster: Diese kann ihre Gemeindeordnung im Moment nicht aktualisieren, weil sie mitten in den Diskussionen um eine Gebietsbereinigung mit der Oberstufenschulgemeinde Nänikon-Greifensee steckt. Ihren grössten Einflussbereich auf die anzustrebende CO<sub>2</sub>-Reduktion sieht die Sekundarschulgemeinde im Gebäude- und Bildungsbereich. Das Thema Klimaschutz soll zukünftig in den Schulprogrammen verstärkt berücksichtigt werden, der Lehrplan 21 gibt den dafür nötigen Rahmen ab. Im Gebäudebereich sind in der LG Liegenschaften bereits Wirkungs- und Leistungsziele gesetzt, so die bewusste Wahl des Energieträgers und die Optimierung des Energieverbrauchs.*

*Liebe Anwesende, die Stadt Uster soll die Dringlichkeit der Eindämmung des Klimawandels anerkennen, ohne jedoch den Klimanotstand auszurufen. Mit entsprechenden in der Gemeindeordnung verankerten Zielsetzungen und auf diese abgestimmten Massnahmen in Bereichen wie beispielsweise Mobilität, Stadt- und Mikroklima oder Gebäuden soll die Stadt Uster ihren Beitrag an die Begrenzung des Klimawandels sowie an die Anpassung desselben leisten.*

*Der Stadtrat dankt Ihnen, wenn sie seinem Bericht zur Einzelinitiative Klimanotstand (Änderung der Gemeindeordnung) zustimmen und die Einzelinitiative als erledigt abschreiben. Mit den Vorschlägen der KSG zur Erweiterung des Beschlussdispositivs um die Feststellung der Gültigkeit der Initiative, die Unterstellung der Umsetzungsvorlage unter das obligatorische Referendum und die Integration des angepassten Umweltartikels zeigt er sich einverstanden.*

*Für den Stadtrat ist im Übrigen klar, dass er bei einer Zustimmung zur Umsetzungsvorlage keine separate Abstimmung über die Vorlage machen wird, sondern diese in den laufenden Revisionsprozess der Gemeindeordnung (GO) einfließen lassen wird. Somit kann sichergestellt werden, dass es in nächster Zeit nur eine Abstimmung zur revidierten Gemeindeordnung geben wird.*

Für die SP-Fraktion referiert **Florin Schütz** (SP): *Heute Morgen haben hunderte junge Menschen den Bundesplatz in Bern besetzt. Unter dem Motto «Rise up for change» richten sie sich an die politischen Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen und demonstrieren gegen unser umweltzerstörendes Wirtschaftssystem. Die Klimajugend ist zurück – und das völlig zurecht: Im Westen der USA glüht der Himmel aufgrund von massiven Waldbränden, die arktischen Sommer werden immer wärmer, die weltweite Population von Tieren, Vögeln und Fischen ist laut einer neuen Studie seit 1970 um fast 70 Prozent geschrumpft und unser Finanzplatz investiert weiterhin Jahr für Jahr unzählige Milliarden in fossile Brennstoffe.*

*Es ist Zeit zu handeln und zwar auf allen Ebenen. Unser Dank geht daher an die Einzelinitiantin Moira Spohn und ihre Mitstreiter und Mitstreiterinnen, die die Thematik in der Gemeinde Uster vorangetrieben haben. Mehrheitlich positiv aufgenommen haben wir auch den Umsetzungsbericht des Stadtrates. Mit dem neuen Umweltartikel in der Gemeindeordnung sollen die Ziele der Pariser Klimakonferenz sowie der Ausstieg aus fossilen Energien festgehalten werden und mit dem Massnahmenplan Klima bleibt es nicht nur bei Versprechungen, sondern wir erhalten auch konkrete Umsetzungsmassnahmen präsentiert.*

*Wenn wir aber sagen, es ist Zeit zu handeln, dann meinen wir das auch so. Netto-Null 2050 ist spät. Die Wissenschaft geht von verheerenden Folgen für Mensch und Natur aus, wenn nicht schon deutlich früher eine starke Reduktion der Treibhausgasemissionen stattfindet. Umso unverständlicher ist für uns derjenige Teil des KSG-Antrags, der ein Reduktions-Zwischenziel bis 2030 aus dem neuen Umweltartikel streichen will. Die neue Formulierung lässt zu viel Spielraum und erhöht die Gefahr, dass zu spät gehandelt wird, um die Emissionen in Richtung Netto-Null zu bewegen. Wir haben daher einen Ergänzungsantrag gestellt, um im KSG-Antrag den Punkt 2c durch die ursprüngliche Formulierung des Stadtrates zu ersetzen.*

*Es freut uns, dass auch die Mittefraktion die Notwendigkeit einer drastischen Emissionsreduktion bis 2030 erkannt und die Formulierung des Stadtrates mit weiteren konkreten Zielen ergänzt hat. Wir ziehen daher unseren Antrag zugunsten des Antrages der Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion zurück. Für eine Rückweisung des Geschäfts an den Stadtrat sehen wir keinen Grund.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Hans Keel** (SVP): *Beim Klima und der Religion gibt es die Gemeinsamkeit, den Glauben. Bei der Religion wird durch die verschiedenen Weltanschauungen sichergestellt, dass jede und jeder seinen Himmel finden kann.*

*Beim Klima werden die unterschiedlichen Methoden zur Ermittlung der dynamischen Prozesse in der Erdatmosphäre, welche für das Klima verantwortlich sind, ausgeklammert. Es gibt nur die allein selig machende Verteufelung des CO<sub>2</sub>. Die übrigen Treibhausgase, zB Wasserdampf, die unser Klima vielmehr beeinflussen, als das CO<sub>2</sub> werden nicht erwähnt oder mit pseudo Berechnungen in der CO<sub>2</sub> Bilanz hochgerechnet.*

*Auch die Verschiebung der Erdachse, die vor 3 Mio. Jahren das Eiszeitalter gefördert hat, ist heute, obwohl sie stattfindet, kein Thema. Das Abschmelzen der Pole lässt grüssen.*

*Wir möchten richtig verstanden werden. Das sich das Klima verändert, ist offensichtlich. Uns stört, dass durch die einseitige Schuldzuweisung dem CO<sub>2</sub> und damit jeder Verbrennung, sektiererisch als alleinige Ursache für den Klimawandel, verantwortlich gemacht wird.*

*Der Umweltartikel in der Gemeindeordnung bezieht sich grösstenteils auf die Reduktion des Energieverbrauchs und den CO<sub>2</sub> Ausstoss. Gegen diese Vorgaben ist nichts einzuwenden. Der vollständige Verzicht auf fossile Energie ist nicht realistisch und gehört nicht in die Gemeindeordnung. Bei der vom Menschen verursachten CO<sub>2</sub> Zunahme hat man den Schuldigen schnell gefunden, es ist der Verkehr. Natürlich gemeint ist der motorisierte Strassenverkehr.*

*Der Massnahmenplan des Stadtrates, wie dieser die Reduktion der Treibhausgase in Uster erreichen will, ist ein einseitig geprägter Blickpunkt, den wir nicht teilen. Es kann doch nicht sein, dass bei der Treibhausgasbilanz mir als Ustemer auch noch 13 % Flugtreibstoffe angerechnet werden. Es ist mir neu, dass ein Ustemer irgendwo auf dem Gemeindegebiet Flugpetrol verbrennt.*

*Bei den laufenden Massnahmen will man mit der Parkraumbewirtschaftung die Mobilität einschränken bzw auf den öffentlichen Verkehr verlagnern. Mit dem Abbau von Parkplätzen wollen wir hier in Uster das Weltklima retten.*

*Diese Massnahmen sind einseitig und ideologisch geprägt, das können wir nicht unterstützen, da machen wir nicht mit.*

*Zu glauben, dass wenn wir «Dringlichkeit» in der Gemeindeordnung schreiben, die Massnahmen des Stadtrates sofort umgesetzt werden, verkennt die rechtlichen Prozesse. Diese können nur mit dem Notstand ausserkraft gesetzt werden.*

*Zum Glück ist auch der Stadtrat der Meinung, dass wir beim Klima keinen Notstand haben, dass das Recht weiterhin gilt. Wir hoffen, dass wir mit vernünftigen Massnahmen, die wir auch bezahlen können, die Treibhausgasbilanz der Gemeinde Uster verringern können. Aber bitte, für die Gemeinde Uster und nicht für die ganze Welt.*

*Die SVP/EDU-Fraktion lehnt die Einzelinitiative sowie den Massnahmenplan Klima der Stadt Uster ab.*

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Andrea Grob** (FDP): *Fulminant und mit regem, positiven Schlagabtausch versehen war die Sitzung der Kommission Soziales und Gesundheit am 7. September 2020. Wieso? Es ging um die Einzelinitiative von Moira Spohn. Thema: Klimanotstand. Ein wahrlich heisses Eisen, das alle Gemüter bewegt. Der Klimawandel ist nicht weg zu diskutieren. Austauschen könnte man sich darüber, ob nun historisch/naturegebunden oder von uns Erdbewohnern hausgemacht ist und ob der Begriff Notstand tatsächlich gerechtfertigt ist.*

*Die FDP/CVP-Fraktion hat zusammen mit der BPU den Änderungsantrag der SVP/EDU-Fraktion unterstützt. Aus unserer Sicht hat das Wort Dringlichkeit nämlich absolut gar nichts in der Ustermer Gemeindeordnung zum Thema Klima zu suchen. Uster kann nicht alleine einen Klima-Notstand ausrufen. Dies würde zwar etwas Aufmerksamkeit generieren und für die Sache einen bescheidenen Beitrag leisten. Gleichzeitig stehen wir, und damit meine ich insbesondere auch das Ustermer Gewerbe und die Industrie, auch im Wettbewerb zu anderen Gemeinden. Aus diesem Grund sollten wir uns am Kanton und insbesondere am Bund orientieren. Wir erachten aber die Behandlung des Klimas trotzdem als absolut notwendig, auch lokal. Nehmen wir am Beispiel Nahrung eine Packung Hörnli: So ist es absolut notwendig, immer wieder Hörnli zu kaufen. Ohne Nahrung würden wir irgendwann verhungern. Dringlich wäre, sofort und nullkommaplötzlich eine Packung Hörnli kaufen. Und was folgt dann? Die Dringlichkeit ist dann abgeschlossen, wenn die „Hörnli“ in der Pfanne kochen. Der Begriff Notwendigkeit in der Gemeindeordnung hätte also folglich aufgezeigt, dass die Eindämmung des Klimawandels absolut notwendig ist. Im Alltag heisst dies für jede und jeden von uns, dass wir täglich dranbleiben und Ressourcen schonen müssen.*

*Wir unterstützen die SVP/EDU-Fraktion auch dahingehend, dass die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner auf keinen Fall an eine Zahl gekoppelt wird. Der Grund ist ganz einfach: Wir sehen unsere Rechtsgleichheit in Gefahr. Zieht beispielsweise ein grösseres Unternehmen nach Uster haben wir automatisch mehr CO<sub>2</sub>-Ausgaben pro Kopf als beispielsweise Schwenzenbach. Wir fordern deshalb, dass die Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses gemäss den Vorgaben der Richtwerte der Bundesgesetzgebung festgelegt wird. Das ist in unseren Augen zielführend und juristisch korrekt.*

*Auf jeden Fall hat mir besagte Sitzung aufgezeigt, weshalb ich gerne Politik mache: Nach intensiven Diskussionen und teilweise diametral verschiedenen Meinungen der anderen Mitglieder konnten wir uns in der Kommission Soziales und Gesundheit auf einen gemeinsamen Antrag einigen. Aber oh weh, heute um 15:45 Uhr wurde ich durch den Antrag der Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion eines Besseren belehrt. Wir appellieren an die anderen Fraktionen. Und diesem Kompromiss haben damit auch zwei SP-Mitglieder zugestimmt. Wir erwarten deshalb auch, dass dieser Kompromiss heute von den Parteien getragen wird.*

Für die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion referiert **Beatrice Caviezel** (Grünliberale): *Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind, so sind die globalen Temperaturen gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen. Auch wir merken den Anstieg die letzten Jahre. Warme, sogar heisse Sommer mit langen Trockenperioden, die unsere Natur beeinflussen wechseln sich mit starken Regenfällen ab, die zu Erdbeben und Überschwemmungen führen. und auch die Winter sind milder geworden. Winter mit reichlich Schnee, wie wir sie aus unserer Kindheit kennen, sind passé. In anderen Erdteilen sind riesige Waldbrände zu verzeichnen, die ganze Landesteile und mit ihnen Tiere und Pflanzen zerstören. Uns ist klar, dass um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, es unerlässlich ist, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren. Der Klimajugend und damit auch Moira Spohn sei Dank, dass sie sich mit Demonstrationen, Aktionen und auch mit Vorstössen für das Klima einsetzten und es in der breiten Bevölkerung langsam zu einem Umdenken kommt. Verschiedene politische Parteien, zu denen auch wir uns zählen, haben dieses Thema schon lange in ihrem Programm und beeinflussen dadurch die Gesetzgebung.*

*Und auch die Stimmberechtigten haben sich letzten Jahres bei den kantonalen und nationalen Wahlen für diese Ziele eingesetzt und Parteien den Vorrang gegeben, die sich schon lange für die Eindämmung des Klimawandels einsetzen. Sind wir damit schnell genug? Reicht es, wenn wir uns auf unsere Parteiprogramme verlassen und keine konkreten Schritte fordern? Reicht es, wenn wir das Pariser Klimaabkommen unterschreiben und dann keine Taten mehr folgen? Nein, dem ist nicht so. Es ist höchste Zeit und Handeln ist angesagt.*

*Gerne anerkennen wir von der Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion die Dringlichkeit der Eindämmung des Klimawandels und unterstützen die Änderung der Gemeindeordnung.*

*Folgende Punkte sind uns wichtig:*

- *Der Stadtrat wird aufgefordert, wenn immer möglich jene Geschäfte prioritär zu behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folge abschwächen.*
- *Schnellstmögliches Handeln auf allen Ebenen ist gefragt, um den Schaden rasch und effektiv einzugrenzen. So hat der Klimaschutz für uns höchste Priorität, und wir werden unsere zukünftigen Entscheide bei Geschäften oder Vorstössen nach diesem Grundsatz ausrichten.*
- *Der Zwischenbericht des Massnahmenplans Klima stimmt etwas zuversichtlich. Ihn sehen wir nicht nur als zu verstaubendes Papier, sondern als Handlungsanweisung an. Er soll Leitplanke und Richtung weisen für unser Tun und Handeln.*

*Aber wie wir alle wissen, Papier ist geduldig und nur die Änderung der Gemeindeordnung reicht nicht aus. Und auch wenn wir uns in der Kommission zum Vorschlag der KSG bekennt haben, sind wir heute überzeugt, dass die Gemeindeordnung präzise und klar definiert werden soll. Und wer schreibt uns vor, dass wir nicht innovativer als der Bund sein dürfen? Dürfen wir nicht als Vorbild voran gehen? Selbstverständlich, das ist unsere Entscheidung, das steht uns zu.*

*Aus diesem Grund haben wir einen zusätzlichen Antrag eingereicht und damit ein klares Zeichen setzen für die dringliche Eindämmung des Klimawandels.*

*Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt an uns, wie wir abstimmen, welche Geschäfte priorisiert werden, welche Forderungen wir stellen. Wir sind diejenigen, die die Weichen stellen und die Geschäfte der Stadt lenken. «Taten statt Worte» das muss unser Slogan sein.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Eveline Fuchs** (Grüne): *Klimanotstand? Kann man beim Klima tatsächlich von einem «Notstand» sprechen? Ja, wir Grünen sind überzeugt davon. Denn der Begriff «Klimanotstand» soll zum Ausdruck bringen, dass wir den Klimawandel als globale Katastrophe mit absolut dringendem Handlungsbedarf anerkennen. «Klimanotstand» signalisiert, dass wir nicht nur handeln wollen, sondern handeln müssen! Denn das Klima ändert sich seit den letzten Jahren drastisch und dramatisch. Es ist nicht mehr zu leugnen: Emissionen aus Heizungen, Industrieanlagen, Flugzeugen und Autos sind die Hauptgründe, dass vermehrt Waldbrände, Überschwemmungen, Bergstürze, Dürren etc. auftreten.*

*Auch bei uns in der Schweiz und hier in Uster wird der Klimawandel zu spüren sein. Im Jahr 2018 hatten wir den heissesten je gemessenen Sommer. Der Juli 2019 war der heisseste in Europa und in der ganzen Welt.*

*Dem Stadtrat gebührt ein Lob für die sehr pragmatische Reaktion auf die Einzelinitiative, in dem er auf die Umsetzung der Leistungsmotion von uns Grünen (Leistungsmotion 620/2018 von Thomas Wüthrich) verweist. Der Gemeinderat hat diese angenommen, der Stadtrat nun den Massnahmenplan Klima erarbeitet. Eine Rolle spielt da auch das Postulat der FDP für die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Beurteilung der Nachhaltigkeit von Projekten, dem der Gemeinderat an seiner letzten Sitzung bereits zugestimmt hat.*

*Klimapolitik ist nicht mehr einfach «nice to have», nein, sie ist uns auch durch übergeordnetes Recht vorgegeben. Dennoch ist es wichtig, dass wir in der Gemeindeordnung konkretere CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele verankern, weil wir so die Zielerreichung besser überprüfen und bei Bedarf Massnahmen verschärfen können. Eine vage Formulierung bringt da wenig bis nichts. Dafür haben wir in Uster anhand des Nachhaltigkeitsartikels genügend Anschauungsunterricht erhalten. Der Nachhaltigkeitsartikel verlangt, dass der Energieverbrauch und Ausstoss von CO<sub>2</sub> pro Einwohnerin und Einwohner kontinuierlich reduziert wird. Das Stimmvolk hatte uns diesen Auftrag an der Urne erteilt und dennoch ignorierte ihn der einst bürgerlich dominierte Stadtrat über Jahre hinweg.*

*Lösungen des Problems können längst nicht mehr der Eigenverantwortung Einzelner überlassen werden. Dazu ist es bereits viel zu spät! Uster soll als gutes Beispiel vorangehen und seinen Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise leisten. Wir Grünen hätten uns gewünscht, dass die Stadt den Not-*

stand anerkennt. Doch uns sind Taten wichtiger als Worte. Deshalb unterstützen wir die Formulierung der ursprünglichen stadträtlichen Weisung mit klaren, verbindlichen Zielen und Terminen. Dies im Sinn eines Kompromisses. Das Wichtigste ist jetzt, dass wir weiter vorwärts machen mit dem Klimaschutz!

**Paul Stopper** (BPU): Heute erleben wir ein fast historisches Ereignis: Nämlich nicht im Sinne des Klimanotstandes, sondern, wie eine nicht zu Ende beratende Kommissionssitzung in den Gemeinderat hineingetragen wird. Es hagelt nun nur noch von Anträgen. Ich hätte gerne einen Rückweisanspruch gestellt. Mir geht es nicht um Rechtssicherheit, sondern ums Materielle.

Diese Vorlage ist offenbar unausgegoren. Es stehen drei Anträge zur Diskussion. Und es geht vor allem um eines: Soll in der Gemeindeordnung verankert werden, dass die CO<sub>2</sub>-Absenkung in Tonnen genau genannt werden (3.4 Tonnen, Stadtratsantrag) oder ob die Reduktion gemäss den Vorgaben der Bundesgesetzgebung erfolgen solle (SVP-Antrag). In der Kommission wurde dem SVP-Antrag mit 8:1 zugestimmt. Bei diesem Stimmenverhältnis ist davon auszugehen, dass also auch Grüne-, SP- und die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion zugestimmt hatten. Und nun soll alles anders sein?

Ich habe eine «Synopsis» zusammengestellt, in welcher sowohl der heutige Text als auch alle drei Vorschläge aufgelistet werden. Etwas kompliziert schon.

In der Gemeindeordnung der Stadt Zürich steht seit Juni 2005 der Wert von 1 Tonne/Jahr/Einwohner<sup>1</sup>. Ist dort etwas Revolutionäres passiert? Eben nicht! Die «Klimajugend» demonstriert dort, wie wenn in Zürich nichts in der Gemeindeordnung stehen würde. Mit denselben Parolen wie in Uster oder in Bern.

Zur genauen Angabe der Tonnage, sogar nach dem Komma: Soviel habe ich in meiner Berufserfahrung gelernt: Nenne nie Zahlen, die du nicht verifizieren kannst. Sonst werden sie dir ewig um die Ohren geschlagen.

Und bei den 3.4 Tonnen/Einwohnerinnen/Einwohner/Jahr (oder eben nicht pro Jahr, Mitte-Gemeinderäte) kann gar nichts gewogen werden. Das sind rein theoretische Zahlen, die vom schweizerischen Durchschnitt heruntergebrochen sind und für Uster etwas nach unten korrigiert worden.

Weshalb und wie, ist kaum nachvollziehbar.

Was forderte die Initiative?

1. Die Stadt Uster erklärt den Klimanotstand und anerkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität.
2. Die Stadt Uster wird die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Geschäften berücksichtigen und wenn immer möglich jene Geschäfte prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.
3. Die Stadt Uster orientiert sich für zukünftige Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere in Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
4. Der Stadtrat von Uster informiert die Bevölkerung Usters umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Massnahmen, welche gegen den Klimawandel ergriffen werden.

Von den Punkten 2-4 steht aber in den Änderungsvorschlägen zur Gemeindeordnung oder in der erläuternden Weisung des Stadtrates nichts. Jetzt streitet man über Tonnagen bis hinter dem Komma, statt über die geforderten Taten. So kann die Demokratie ja nicht funktionieren.

Der Stadtrat lehnt seit mindestens fünfzehn Jahren alle Eingaben unserer Partei und deren Vorgängerin (LdU) für neue Busverbindungen von Uster in die Region ab. Da muss ich schon lächeln, wenn der jetzige Stadtrat im «Massnahmenplan Klima der Stadt Uster beim öV nur die

- «Infrastruktur am Bahnhof Uster und
- laufende Verbesserung des öV-Angebotes

als grosse Leistung anpreist.

---

<sup>1</sup> Gemeindeordnung Stadt Zürich (eingefügt durch Gemeinderatsbeschluss vom 5. Juni 2005):

2 Sie setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ein, insbesondere für

- a) eine Reduktion des Energieverbrauchs auf 2000 Watt Dauerleistung pro Einwohnerin oder Einwohner;
- b) eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin oder Einwohner und Jahr;
- c) die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen.

*Mit der Verhinderung von zwei, drei Privatparkplätzchen bei Privat-Gebäuden durch die Parkplatzverordnung retten wir die Welt sicher nicht.*

*Glücklicherweise stehen wir im Kanton Zürich dank des Einsatzes von Regierung und Volk für die S-Bahn noch gut da. Von Uster habe ich aber noch nie einer wirksamen Aktion zugunsten der S-Bahn gespürt.*

*«Tue Gutes und rede davon», ist besser als leerer Buchstabe in der Gemeindeordnung. Mehr öV und weniger Autos.*

*Ich erwarte aus dem Stadthaus mehr als nur lauwarmer Luft: Nämlich ein Bekenntnis zu einem weiteren und forcierten Ausbau der S-Bahn (Doppelspur Uster Aathal, Haltestelle Oberuster, Stadtbahn Oberland) und einer massiven Erweiterung des Busnetzes in Uster und Umgebung. Damit kann ein Teil des motorisierten Verkehrs aufgenommen werden. Der öV in Uster und Umgebung muss aber bedeutend attraktiver werden als heute. Die Menschen werden – auch in Corona-Zeiten – nur mit einem attraktiven öV freiwillig umsteigen.*

*Noch etwas zum Gütertransport per Bahn: Bei der Abfallverordnung habe ich am 27. Januar 2019 im Gemeinderat den Antrag gestellt, die Wertstoffe seien konsequent mit der Bahn zu transportieren. Diesen Antrag hat die SP-Fraktion, vorgetragen durch Florin Schütz, mit dem Argument abgelehnt, das sei nicht vordringlich und der Effekt sei zu gering. Wo sollen denn wir beginnen, wenn nicht im Kleinen? Mit der Verlagerung von Gütern von der Strasse auf die Bahn kann auch ein Beitrag zur Sicherheit auf der Strasse gelistet werden.*

*Glauben denn gewisse Romantiker, mit der Umrüstung der kommunalen Fahrzeuge (Elektrifizierung der Feuerwehr-Fahrzeuge, Spitex-Autos, Strassenwischmaschinen, und sonst was, vielleicht zwanzig Fahrzeuge?) die Welt könne gerettet werden? Die Güselabfuhr und weiteres wird ja privat erledigt. Ich beantrage Rückweisung.*

**Silvio Foiera (EDU):** *Im April 2019 – also vor über einem Jahr – hat dieser Rat die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative 536/2019 beschlossen. In dieser Zeit gelang es dem Stadtrat nicht, diesem Rat bzw. der zuständigen Kommission eine formell korrekte Vorlage vorzulegen, so dass letztlich die Kommission die Arbeit des Stadtrates übernehmen musste. Aber dies nur am Rande. Heute beschliessen wir über die Änderung der Gemeindeordnung, also der Verfassung, sprich der Rahmengesetzgebung der Gemeinde Uster. Eine solche Verfassung regelt Rechte und Pflichten seiner Bürger. Sie ist daher möglichst präzise in ihren Zielen, aber auch so generisch wie möglich zu halten, da die Gemeindeordnung über Jahre, gar Jahrzehnte Bestand haben soll.*

*Eine Formulierung, welche die Festschreibung der Anerkennung einer Dringlichkeit fordert, wirkt somit verfehlt. Eine Dringlichkeit ist eng mit einem Zeitpunkt verknüpft. Ein dringliches Handeln, welches jedoch über Jahre Fortbestand haben soll ist eine Notwendigkeit.*

*Es ist daher Korrekt, dass sich der Kommissionsantrag nicht an fixen Zahlen orientiert – wie dies z. B. ein heute kurzfristig eingereichter Antrag forderte – sondern sich an übergeordneten Vorgaben des Bundes orientiert, und so dynamisch auf mögliche Entwicklungen reagieren kann, ohne dass jedes Mal der parlamentarische Prozess durchlaufen werden muss. Detaillierte Jahreszahlen können immer noch ihren Platz in den Ausführungsbestimmungen finden.*

*Jedoch sind auch im Kommissionsantrag lediglich sehr schwammige Formulierungen zu finden, welche Tür und Tor öffnen, für neue Gebühren und Einschränkungen, ohne im Gegenzug Erleichterungen und Rechte vorzusehen, für diejenigen, welche entsprechend diesen Zielvorgaben agieren möchten aber nicht können bzw. dürfen.*

*Eine Adaption neuer Technologien braucht vor allem Erleichterungen im Paragraphenschungel und ein Zurückstutzen der Überreglementierung. Nur so können Plattformen und Innovation entstehen und Anknüpfungspunkte für entsprechende Ökosysteme bilden.*

*Davon ist in dieser Änderung der Gemeindeordnung jedoch nichts zu finden.*

*Als Berufsmann mit technischem Hintergrund bin auch ich der Ansicht, dass die Ressource Erdöl zu schade zum Verbrennen ist und uns besser als Grundstoff für Polymere dient. Aus technischer Sicht ist ein Netto-Null Ziel schlicht nicht möglich. So verursacht z. B. alleine die Stahlherstellung rund 8 % der globalen anthropogenen CO<sub>2</sub> Emissionen. Das ist rund dreimal so viel wie Luftverkehr oder Schifffahrt emittieren. Selbst mit Recycling-Stahl & Wasserstoff statt Kohle lässt sich dieser Wert, produktionsbedingt nicht auf null reduzieren.*

*Natürlich können wir in westlichen Industriestaaten diesen „Overshoot“ mit Klimazertifikaten abgelenken. Das bedeutet nicht, dass deshalb auch nur ein einziges Kilogramm CO<sub>2</sub> eingespart wird. Es wird lediglich auf einem Konto gebucht, welches sein zugewiesenes Kontingent nicht ausreizt.*

*"Netto-Null" kann somit nicht global, sondern lediglich lokal funktionieren, und zwar auf Kosten von Staaten, welche gar nicht die Möglichkeit haben. Dies ist vielleicht Neokolonialismus, aber kein Umweltschutz. Ein Festschreiben dieser Zahlen dient also nicht der Dekarbonisierung mit machbaren Mitteln, sondern fördert vielmehr nur ein „Greenwashing“ in die Geldsäcke Einzelner und weiter wie bisher.*

*Wer sich die Tage durch COVID-19-Massnahmen eingeschränkt fühlt, der hat lediglich einen schalen Vorgeschmack dessen erfahren, was Netto-Null bedeutet. Aber eben: „System change! Not climate change.“ Die SVP/EDU-Fraktion wird die Änderung der Gemeindeordnung in vorliegender Form daher nicht unterstützen.*

**Hans Keel (SVP):** *Ich komme mir vor wie an einer Kommissionssitzung. Es geht um die Gemeindeordnung, darin werden grundsätzlich der Bestand und die Zuständigkeit der Organe geregelt. Und darum gehören da kommunale Fahrzeuge und Gebäude nicht hinein. Es liegt in der Kompetenz des Stadtrates, die strategischen Ziele umzusetzen. Über das NPM kommen wir vorwärts. Wenn der Stadtrat das gemacht hat, können wir gezielt weiterarbeiten.*

**Patricio Frei (Grüne):** *Zu Markus Ehrensperger merke ich an, dass die Delegation der SVP/EDU-Fraktion in der KSG sich nie zu einem Rückweisungsantrag geäußert hat. Liebe SVP, lieber Hans Keel, Wasserdampf ist ein Verstärker. Es gibt natürliche und von Menschen geschaffene „Treibhäuser“. Vor wenigen Tagen hat die ETH eine Studie präsentiert, die belegt, dass Trockenheit die Produktivität von Wiesen reduziert und deren CO<sub>2</sub>-Emissionen erhöht. Was sagen denn die Bauern dazu?*

*Leider ist dazu von der SVP nichts zu hören, die sich sonst zu gerne als Vertreter der Landwirtschaft sieht. Während die SVP schweigt, werfen wir Grünen einen Blick in die Zeitung «Schweizer Bauer». Da steht: «Wir müssen jetzt handeln», sagte der oberste Schweizer Bauer, der St. Galler CVP-Nationalrat Markus Ritter [...]. Der Klimawandel sei längst auf den Bauernhöfen angekommen. [...] Nun müssten Bauern aktiv etwas fürs Klima tun, sagte Ritter.<sup>2</sup>*

*Liebe FDP, wir unterstützen auch den Antrag der Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion. Ihr habt ja seit geraumer Zeit den Umweltschutz im Parteiprogramm. Jetzt mutig weitermachen und den Worten Taten folgen lassen. Ihr seid nicht alleine. Auch die Wirtschaft fordert den Klimaschutz. CEO's namhafter Firmen engagieren sich für in der Initiative «ceo4climate», von Novartis über Allianz, Siemens, Ikea bis Implenia. André Wyss etwa, der CEO des Bauunternehmens erhofft sich von einem griffigeren CO<sub>2</sub>-Gesetz nicht zuletzt «Planungssicherheit und flexible Rahmenbedingungen».<sup>3</sup> Wer all das liest, kann sich doch nicht ernsthaft vor einer aktiven Klimapolitik auch hier in Uster verschliessen?!*

*«Wir alleine in Uster können die Welt nicht retten» – das stimmt. Es ist das billigste Argument, denn es passt für alle und zu jedem Thema. Mit dem gleichen Argument kann auch Donald Trump argumentieren: «Die USA alleine können die Welt nicht retten!» Denn im Vergleich mit dem Rest der Welt sind ja auch die USA tatsächlich bloss eine Minderheit.*

*Es stimmt: Wir alleine in Uster können die Welt nicht retten – aber wir können unseren Beitrag leisten, damit künftige Generationen auch noch eine lebenswerte Zukunft vorfinden. Dass es so nicht weitergehen kann, hat wohl hoffentlich in der Zwischenzeit jeder begriffen.*

*Die Massnahmen braucht es jetzt sofort, denn jede weitere Verzögerung wird nur noch teurer. Dies hat der Massnahmenplan Klima aufgezeigt. Also: Gehen wir's an! Jetzt!*

**Hans Denzler (SVP):** *Ich kenne Markus Ritter. Der Klimawandel ist da, das sagen auch wir von der SVP. Die Frage aber ist, wer das finanziert. Wir von der Landwirtschaft machen sicher gerne mehr, aber dann bitte wirklich bezahlen und nicht durch Billigimporte kompensieren. Mit der Nahrungsmittelproduktion haben wir denn sonst irgendwann einmal ein Problem: Dann wird der Teller nicht mehr so voll sein.*

---

<sup>2</sup> <https://www.schweizerbauer.ch/politik--wirtschaft/agrarpolitik/klimawandel-fordert-bauern-heraus-50426.html>

<sup>3</sup> <https://www.tagesanzeiger.ch/hunderte-ceos-fordern-wirkungsvolle-klimapolitik-530300999928>

**Silvio Foiera** (EDU): *Ja, lieber Patricio Frei, es wurde sehr wohl in der KSG thematisiert, dass der Stadtrat seinen „Job“ nicht gemacht hat. Danke für die Ausführungen zum Thema „Wasserdampf“. Aber derart kurze Ausführungen werden dem Thema nicht gerecht.*

**Moira Spohn:** *Zu Hans Keel, wonach Uster das Weltklima nicht ändern könne. Im Kleinen soll etwas geschehen, darum braucht es jetzt Massnahmen. Wir sind hier näher bei den Menschen und können darum nach Mass geschneiderte Massnahmen einführen. Wir wollen Mut machen und ein Vorbild für andere Gemeinden sein. Es geht darum, dass wir jetzt einen Beitrag leisten. Zu Andrea Grob: Es geht nicht um einen Wettbewerb, sondern um das Zusammenwirken von Menschen und Ländern. Wir müssen auf unserem Planeten zusammenrücken. Wir wollen kommunizieren, dass wir für diese Änderungen sein wollen.*

**Andrea Grob** (FDP): *Beim Wettbewerb sehen wir den Klimawandel ein. Wir wollen die CO<sub>2</sub>-Abgabe nicht an derartige Zahlen koppeln. Speziell ist, dass jetzt auch noch alles anders sein soll. Ich appelliere an die Fraktionen, dem Antrag der KSG zuzustimmen.*

### **Abstimmung über den Rückweisungsantrag**

Paul Stopper beantragt Rückweisung an den Stadtrat.

**Der Rückweisungsantrag wird mit 15:19 Stimmen abgelehnt .**

**Paul Stopper** (BPU): *Auch mir ist die Umwelt ein wichtiges Anliegen. Rund 38 % der gesamten Treibhaus-Emissionen in der Schweiz stammen vom Verkehr, davon rund ¾ von den Personautos und den LKW's. Der Rest wird durch den Luft- und Schiffsverkehr verursacht. Aus dem „Massnahmenplan Klima der Stadt Uster, Zwischenbericht“ vom 5. Mai 2020: „Als langjährige Energiestadt setzt die Stadt Uster seit vielen Jahren Massnahmen um, welche eine Reduktion der Treibhausgase bewirken (...) Verbesserung der ÖV-Infrastruktur beim Bahnhof und des ÖV-Angebots, ÖV-Priorisierung bei Knoten, laufende Verbesserung des ÖV-Angebots.“ (...) Ratspräsidentin **Karin Niedermann** (SP) unterbricht Paul Stopper nach zwei Minuten und weist darauf hin, dass wir jetzt bereits bei den Abstimmungen sind. **Paul Stopper** (BPU) ist von der pedantischen und blöden Art der Verhandlungsführung der Ratspräsidentin enttäuscht.*

### **Detailabstimmungen**

**Für die SP-Fraktion hat Florin Schütz (SP) folgende Änderung von Ziffer 2 (Umsetzungsvorlage: Art. 1 Abs. Bst. c GO) beantragt:**

- c) eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner und Jahr auf 3,4 Tonnen bis 2030 und Netto Null Tonnen bis 2050,

**Der Antrag wird zurückgezogen.**

**Für die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion hat Beatrice Caviezel (Grünliberale) folgende Änderung von Ziffer 2 (Umsetzungsvorlage: Art. 1 Abs. 5 Bst. c und Bst. d GO) des Kommissionsantrags beantragt:**

- c) eine kontinuierliche Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner **pro Jahr** auf 3,4 Tonnen bis 2030 und Netto Null Tonnen bis 2050, insbesondere kommunale Fahrzeuge Netto Null bis 2030 und kommunale Gebäude Netto Null bis 2040,
- d) die Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energiequellen, insbesondere die Förderung von Abwärme, Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen,

**Der Antrag der Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion (Bst. c) wird mit 19:16 Stimmen angenommen.**

**Der Antrag der Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion (Bst. d) wird mit 21:14 Stimmen angenommen.**

Damit ist das Dispositiv bereinigt worden.

### Schlussabstimmungen

**Ziffer 1 wird mit 24:11 Stimmen angenommen.**

**Ziffer 2 (Abs. 4) wird mit 20:14 Stimmen angenommen.**

**Ziffer 2 (Abs. 5 Bst. a) wird mit 25:9 Stimmen angenommen.**

**Ziffer 2 (Abs. 5 Bst. b) wird mit 25.:9 Stimmen angenommen.**

**Ziffer 2 (Abs. 5 Bst. c) wird mit 19:16 Stimmen angenommen.**

**Ziffer 2 (Abs. 5 Bst. d) wird mit 21:14 Stimmen angenommen.**

**Ziffer 2 (Abs. 5 Bst. e) wird mit 19:16 Stimmen angenommen.**

**Ziffer 3 wird mit 35:0 Stimmen angenommen.**

**Ziffer 4 wird mit 21:13 Stimmen angenommen.**

### Der Gemeinderat beschliesst:

**1. Es wird festgestellt, dass die Einzelinitiative gültig ist.**

**2. Folgender Umsetzungsvorlage wird zugestimmt:**

**Art. 1 der Gemeindeordnung (GO) vom 25. November 2007 (Fassung vom 25. November 2012) wird wie folgt geändert:**

(Abs. 1 bis 3 unverändert)

**<sup>4</sup> Die Gemeinde anerkennt die Dringlichkeit der Eindämmung des Klimawandels.**

**<sup>5</sup> Sie setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit ein für**

**a) den sparsamen Umgang mit Primärenergien,**

**b) eine kontinuierliche Reduktion des Energieverbrauchs pro Einwohnerin und Einwohner,**

**c) eine kontinuierliche Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses pro Einwohnerin und Einwohner pro Jahr auf 3,4 Tonnen bis 2030 und Netto Null Tonnen bis 2050, insbesondere kommunale Fahrzeuge Netto Null bis 2030 und kommunale Gebäude Netto Null bis 2040,**

**d) die Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energiequellen, insbesondere die Förderung von Abwärme, Wärmepumpen und Photovoltaikanlagen,**

**e) den vollständigen Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energiequellen bis 2050.**

**3. Die Umsetzungsvorlage untersteht dem obligatorischen Referendum.**

**4. Die Einzelinitiative wird als erledigt abgeschrieben.**

**5. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

**Markus Ehrensperger (SVP):** *Ich muss folgende Rügen anbringen: Wie bereits erwähnt erachte ich die Weisung des Stadtrates als ungenügend, insbesondere weil keine Ausführungen zur Gültigkeit der Einzelinitiative bestehen. Weiter muss ich unser Abstimmungsprozedere rügen. Wir konnten uns nicht zur Grundsatzfrage – Annahme oder Ablehnung der Einzelinitiative – äussern. Dies widerspricht dem Ablauf gemäss Gesetz über die politischen Rechte des Kantons Zürich (GPR), insbesondere § 139a ff. GPR. Ich denke, diese Rüge ist ausreichend. Bei Fragen stehe ich gerne zur Verfügung.*

## 6 Interpellation 591/2020 von Patricio Frei (Grüne) und Marco Ghelfi (Grüne): Einsatz von Pflanzenschutzmitteln

Von Patricio Frei (Grüne) und Marco Ghelfi (Grüne) ist am 9. Juni 2020 folgende Interpellation eingereicht worden:

Abnehmende Biodiversität, Insektensterben und Verunreinigung des Trinkwassers durch Pflanzenschutzmittel (Insektizide, Fungizide, Herbizide etc.) sind Themen, die vielen Menschen Sorgen bereiten. Viele Landwirtschaftsbetriebe haben inzwischen auf biologische Bewirtschaftung umgestellt. Im Profibereich (Landwirtschaft und Gartenbau) dürfen Pflanzenschutzmittel nur von Personen ausgebracht werden, die im Besitz einer Fachbewilligung sind oder von einer Trägerin oder einem Träger einer Fachbewilligung angeleitet werden. Im Hobbybereich existieren hingegen keine entsprechenden Regeln. Es ist davon auszugehen, dass Pflanzenschutzmittel oft falsch dosiert, falsch angewendet oder zum falschen Zeitpunkt eingesetzt werden. Das mangelnde Bewusstsein über die korrekte Anwendung von Herbiziden insbesondere bei privaten Anwendern zeigt z.B. eine Studienreihe des Bafu<sup>4</sup>. Es ist also davon auszugehen, dass ein grosser Teil der geschätzten 100-200 Tonnen Pflanzenschutzmittel, die jährlich im Privatbereich verwendet werden, unsachgemäss eingesetzt werden.<sup>5</sup>

Um die Biodiversität in Uster zu fördern, ist es von Vorteil, wenn möglichst viele Hobbygärtnerinnen und Hobbygärtner ihren Garten oder Hausumschwung biologisch bewirtschaften.

Das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) hat im Auftrag von Grün Stadt Zürich eine «Positivliste – Betriebsmittelliste für biologische Kleingärten» erarbeitet ([www.stadt-zuerich.ch/kleingarten](http://www.stadt-zuerich.ch/kleingarten) > Biologisch Gärtnern). Diese enthält genaue Angaben zu empfohlenen Düngern, Erden, Pflanzenschutzmitteln und Nützlingen, welche sich zur biologischen Bewirtschaftung von Kleingärten eignen. Die Liste ist ein nützliches Hilfsmittel und wird regelmässig aktualisiert.

Ob Privatgärten biologisch bewirtschaftet werden oder nicht, basiert auf Freiwilligkeit. Diverse Familiengärten jedoch liegen auf stadteigenem Land, weshalb Uster im Interesse der Allgemeinheit entsprechende Richtlinien erlassen kann, wie das beispielsweise die Stadt Zürich macht.

Wir stellen dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Kann die Stadt Uster die Broschüre «Positivliste – Betriebsmittelliste für biologische Kleingärten» ihren Einwohnerinnen und Einwohnern zur Verfügung stellen? Denkbar wäre ein Versand in alle Haushalte, evt. verbunden mit Infoveranstaltungen und/oder Kursen für Hobbygärtnerinnen und -gärtner.
2. Wie handhabt die Stadt selber ihren Umgang mit Pflanzenschutzmitteln auf Flächen, die von ihr bewirtschaftet werden? Gibt es verbindliche Vorgaben, welche Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden dürfen, wie oft und wie viel? Benutzt die Stadt Uster die Datenbank zur Erfassung der Pflanzenschutzmittel «Bewertung und Erfassung von Pflanzenschutzmitteln (BEP)» ([http://www.vssg.ch/xml\\_1/internet/de/application/d35/f38.cfm](http://www.vssg.ch/xml_1/internet/de/application/d35/f38.cfm)) für ihr Controlling?
3. Wie ist die Nutzung der Familiengarten-Areale Usters durch die Familiengartenvereine geregelt? Gibt es Vorgaben der Stadt zur Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit in der Bewirtschaftung der Familiengärten?
4. Wie beurteilt der Stadtrat die Einführung von Richtlinien für die biologische Bewirtschaftung für die Familiengärten? Könnten z.B. die Pachtverträge entsprechend angepasst werden?

**Patricio Frei** (Grüne) begründet die Interpellation: *Wer noch die Schlagzeilen der letzten Monate und Tage in Erinnerung hat, kann eigentlich gar nicht anders, als der Interpellation seine Stimme zu geben: In unserem Trinkwasser finden sich Rückstände von Pestiziden wie z.B. Chlorothalonil. Erst gerade am letzten Dienstag den 15. September hat der Kanton Zürich unter der Ägide von Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli die Bevölkerung informiert, dass 60 % der Grundwasserproben die Höchstwerte überschreiten. Auch das Trinkwasser bleibt nicht verschont. Allein in Uster muss in vier Quellen das Wasser mit sogenanntem «unbelasteten Trinkwasser» verdünnt werden. Das Thema der Interpellation ist also hochaktuell. Die Interpellation will, dass die Stadt Uster ihre eigenen Vorgaben im Umgang mit Pestiziden überprüft und deren Einsatz nur noch sehr restriktiv erlaubt. Wir wollen erreichen, dass die Stadt die Gärtnerinnen und Gärtner dazu animiert, ihre Flächen möglichst biologisch zu bewirtschaften. Dazu soll sie die Positivliste verteilen und Veranstaltungen oder Kurse anbieten. Und wo die Stadt die Möglichkeiten hat, soll sie auch Verbote für Pestizide aussprechen, etwa für die Schrebergärten auf städtischem Boden. Verbote sind in diesem Fall tatsächlich angebracht. Denn ein Menschenrecht für die Verwendung von Pestiziden gibt es nicht.*

<sup>4</sup> Gubser Ch., Butterweck J. 2018: Stand der Umsetzung des Herbizidverbots. Studie zur Umsetzung des Anwendungsverbots von Herbiziden auf und an Strassen, Wegen und Plätzen. Bundesamt für Umwelt, Bern. Umwelt-Wissen, Nr. 1815: 40 S. [www.bafu.admin.ch/uw-1815-d](http://www.bafu.admin.ch/uw-1815-d)

<sup>5</sup> <https://www.schweizerbauer.ch/pflanzen/pflanzenschutz/nicht-nur-die-bauern-spritzen--29827.html>

<https://www.nzz.ch/schweiz/bauern-zum-aktionsplan-pflanzenschutz-giftspritze-gegen-hobbygaertner-ld.107018>

*Wenn wir die Stadt Uster, die Gärtnerinnen und Gärtner für eine nachhaltigere Bewirtschaftung unseres Bodens gewinnen, profitieren wir letztlich alle: Unser Trinkwasser wird weniger belastet – und die Hobbygärtnerinnen und -gärtner erhalten gesünderes Gemüse und Früchte.*

*Wir Grünen sind uns aber bewusst: Auch wenn diese Interpellation die nötige Unterstützung erhält und der Stadtrat die geforderten Massnahmen angeht, wird es dauern, bis wir wieder ohne Bedenken das Ustermer Trinkwasser trinken können. Dafür braucht es weitere Massnahmen – nicht nur bei den Hobbygärtnerinnen und -gärtnern.*

Die Interpellation bedarf der Unterstützung durch 12 Ratsmitglieder (Art. 47a Abs. 1 GeschO GR).

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst:**

**Die Interpellation 591/2020 erhält 25 Stimmen (Quorum 12) und ist damit unterstützt worden.**

Präsidentin **Karin Niedermann** (SP): Der Stadtrat wird schriftlich antworten (Stadtratsbeschluss 331 vom 18. August 2020).

**Damit ist das Geschäft vertagt.**

## 7 Weisung 65/2020 des Stadtrates: Nachtragskredit 2020 Covid-19-Pandemie

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger** (SVP): *Als wir die Weisung für diesen Nachtragskredit erhielten, dachte ich zuerst, dass das nur das Deckblatt sei und suchte den Anhang, in dem irgendwo fundiert und begründet dargelegt wird, was die Nachtragskredite notwendig macht. Eine Erläuterung, wie sich die aktuelle Situation auf die NPM-Zielerreichung auswirkt. Nur falls Sie das vergessen haben: Wir steuern über Leistungen und Ziele, nicht über Sachausgaben. Darüber schweigt sich die Vorlage völlig aus.*

*Dafür muss ich als Begründung für die 6 Millionen lesen, dass das Friedensrichteramt 400 Franken danebenliegt! Auf den Arm nehmen kann ich mich auch selber.*

*Rundherum in allen Gemeinden werden die Ausgaben für das aktuelle Jahr überprüft. In Uster ist das aber kein Thema. Ganz im Gegenteil: Gemäss Schreiben an die RPK will der Stadtrat ja erst bei einer Ablehnung des Nachtragskredites prüfen, ob er irgendwo einen Rappen sparen will. Wie soll sich ein Gemeindeparlament dann eine Meinung zu dieser Situation bilden? Wie soll ein Rat fundiert entscheiden können, ob die Nachtragskredite zu sprechen sind?*

*Aber vielleicht ist das ja in Uster mit dem aktuellen Stadtrat und der aktuellen Gemeinderatzsammensetzung nicht nötig. Zwei Seiten oberflächliches Blabla und noch eine Tabelle für 6 Millionen Steuergeld. Wird ja sowieso durchgewunken, da braucht es keine Begründung.*

*Die SVP/EDU-Fraktion wehrt sich gegen diese Art von Finanzpolitik. Wir empfinden diese Vorlage als Geringschätzung der Ustermer Bevölkerung. Es ist das Geld der Ustermer Einwohnerinnen und Einwohner, das hier so achtlos gesprochen werden soll. Jemand musste dafür arbeiten gehen und Steuern bezahlen. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, dass der Stadt- und der Gemeinderat nur ein ganz kleines bisschen Rücksicht darauf nehmen. Ich stelle den Ordnungsantrag auf Rückweisung.*

### Abstimmung über den Rückweisungsantrag

Markus Ehrensperger (SVP) beantragt Rückweisung an den Stadtrat.

**Der Rückweisungsantrag wird mit 14:19 Stimmen abgelehnt .**

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Walter Meier** (EVP): *Sehr geehrter Herr Präsident... (Heiterkeit im Saal) ...ich habe „Präsidentin“ geschrieben und bitte um Entschuldigung. Die RPK hat das Geschäft am 24. August und am 14. September beraten. Der Stadtrat beantragt einen Nachtragskredit von 5.9 Mio. Franken. Dazu wird vom Stadtrat ausgeführt, dass die finanziellen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auch für die Stadt Uster enorm sind. Der Stadtrat setzt bei diesem Antrag auf möglichst hohe Transparenz. Die vermuteten Minderaufwendungen und Mehrausgaben werden pro Geschäftsfeld ausgewiesen. Allerdings hat den Stadtrat den Nachtragskredit anfangs Juli beschlossen. Heute würde der Stadtrat nicht die gleiche Höhe beantragen, da man heute über weitere Informationen verfügt. So wird vermutet, dass der Defizitbeitrag des ZVV kleiner ausfallen wird, da die Passagierzahlen im ÖV bereits wieder 90 % im Vergleich zu vor Corona betragen. Andererseits sieht es so aus, als würde die Pandemie länger als gehofft anhalten. Da könnte es sein, dass der Ertragsausfall bei der Bettenbelegung der Heime höher als geschätzt ausfallen wird. Die Zweibett-Zimmer können im Moment wegen den Abstandsregeln nur mit einer Person belegt werden.*

*Die RPK verschiedene Themen diskutiert:*

a) *Zu den einzelnen Kredit-Posten*

- *Fallen die 2,5 Mio. des Rahmenkredits zusätzlich an? Antwort: Der vom Stadtrat beschlossene Rahmenkredit von 2.5 Mio. ist im Nachtragskredit in verschiedenen Posten enthalten. Diese 2.5 Mio. werden also nicht zusätzlich anfallen.*
- *Weshalb fallen bei der Primarschule so hohe Zusatzkosten an? Antwort: Bei der Primarschule sind die Tagesstrukturen stark betroffen. Über längere Zeit kamen 80 – 90 % weniger Kinder als vor Corona. Die entsprechenden Ertragsausfälle sind enorm. Zudem kann die öffentliche Hand keine Kurzarbeit geltend machen. Beim Regelunterricht fällt ins Gewicht, dass etliche Lehrpersonen zu den Risikogruppen gehören. Für diese musste die Primarschule Ersatz stellen. Das sind zusätzliche Kosten. Neu gehören nun auch die schwangeren Lehrerinnen zur Risikogruppen und müssen in Quarantäne.*

*b) Die Höhe des Kredits*

*Der Stadtrat beantragt einen Nachtragskredit von 5,9 Mio. Bei diesem Betrag handelt es sich um den „Stand des Irrtums“ per 30. Juni 2020. Der Stadtrat sah, dass er aufgrund seiner Vorgaben einen Nachtragskredit beantragen muss. Da die Covid19-Pandemie alle Geschäftsfelder betrifft, hat der Stadtrat die Beiträge aus allen Geschäftsfeldern gesammelt und stellt einen gemeinsamen Nachtragskredit. Bei einer Einzel-Betrachtung der Geschäftsfelder hätten nicht alle einen Nachtragskredit beantragen müssen.*

*Ein grosser Teil des Kredits sind gebundene Kosten, d.h. die Einnahmen-Ausfälle gehen auf übergeordnete behördliche Beschlüsse zurück.*

*Der vom Stadtrat beschlossene Rahmenkredit von 2,5 Mio. deckt alle zusätzlichen Ausgaben und Einnahmehausfälle ab, also alle Posten, die als nicht gebunden gelten. Allerdings sind von diesem 2,5 Mio. bisher nur rund 0,8 Mio. effektiv ausgegeben worden. Die wichtigsten Einzelposten sind: Aktion Uster Batzen, Kauf von Schutzmasken usw., die Einnahmehausfälle bei den gewerblichen Mieten (hier liegt erst der Kompromissvorschlag der beiden nationalen Räte vor, aber noch kein definitiver Beschluss), zudem wurde während der Zeit vom 23. März bis 10. Mai auf Parkplatzgebühren verzichtet.*

*c) Wie hoch ist der Anteil, welcher das Ustermer Gewerbe betrifft?*

*Es wurde gewünscht, dass der Stadtrat aufzeigen würde, was dem Gewerbe verloren ging (durch den Nachtragskredit) resp. was dem Ustermer Gewerbe verloren gehen würde, wenn der Nachtragskredit vom Parlament abgelehnt würde.*

*In der Folge erhielt die RPK eine „Akttenotiz“. Diese fiel für einzelne RPK-Mitglieder nicht so aus, wie sie sich diese Akttenotiz gewünscht hätten. Das Problem dabei ist, dass der Stadtrat eben erst ein Massnahmenpaket schnürt, wenn das Parlament den Kredit abgelehnt hat und nicht vorher. In der Akttenotiz wollten sich Cla Famos und Patrick Wolfensberger nicht auf Spekulationen einlassen.*

*d) Was passiert bei einer Rückweisung?*

*Es wurde gefragt, was bei einer Rückweisung des Kredits mit dem Auftrag, die 5,9 Mio. einzusparen, passieren würde? Von Seiten Stadt wurde ausgeführt, dass auch wenn der Stadtrat schnell handeln würde, das Parlament wohl erst während der Debatte zum Budget 2021 den neuen Antrag diskutieren könnte. Dann bleiben noch zwei oder drei Wochen bis zu den Weihnachtsferien, in denen der Stadtrat handeln könnte. Fazit: Eine Rückweisung kommt einer Ablehnung des Kredits gleich.*

*e) Weshalb hat der Stadtrat so und nicht anders gehandelt?*

*Die grosse Frage in der Kommission war: Weshalb hat der Stadtrat kein Sparpaket (wie letztes Jahr) schnürt? Wo könnte der Stadtrat noch sparen? Was passiert, wenn der Gemeinderat den Nachtragskredit ablehnt?*

*Antworten des Stadtrates: Im letzten Jahr war die wirtschaftliche Situation sehr gut, als man feststellte, dass es ein grösseres Defizit geben wird. Der Stadtrat konnte es sich leisten, an gewissen Orten weniger Geld auszugeben, ohne die Wirtschaft in Bedrängnis zu bringen. In diesem Jahr ist die Situation anders: Man muss sich gut überlegen, ob man mit einer Sparübung das Überleben einer Firma gefährdet. Der Stadtrat hat beschlossen, trotz dem hohen Nachtragskredit und dem noch höheren zu erwartenden Defizit, die im 2020 geplanten Investitionen nicht nach hinten zu verschieben und auch die geplanten Unterhaltsarbeiten an den Strassen usw. trotzdem ausführen zu lassen. Von Seiten Stadt wurde erwähnt, dass etliche Stellen neu besetzt werden mussten. Hier wurde wo möglich die Nachfolge nicht nahtlos eingestellt. Die Mitarbeitenden mussten ihre Ferienguthaben und Mehrzeitguthaben reduzieren und Mitarbeitende, die wegen den Covid-Massnahmen (z. B. Schliessung Hallenbad) keine Arbeit hatten, wurden wenn immer möglich an anderen Orten in der Stadt eingesetzt.*

*Einzelne RPK-Mitglieder kritisieren den Stadtrat, weil er so und nicht anders gehandelt hat. Es wird je ein Rückweisungsantrag und ein Kürzungsantrag gestellt:*

*Rückweisungsantrag:*

*Der Stadtrat erhält den Auftrag, dem Parlament ein Massnahmenpaket zu präsentieren, welches aufzeigt, wie die 5,9 Mio. eingespart werden können.*

*Die RPK lehnt diesen Antrag mit 2:7 Stimmen ab.*

*Kürzungsantrag: Es wurde der Antrag gestellt, den Kredit auf 5,1 Mio. zu kürzen, d.h. um die CHF 800'000, welche aufgrund des vom Stadtrat beschlossenen Kredits von 2,5 Mio. effektiv ausgegeben wurden.*

*Da es bei diesem Antrag um eine Bereinigung des Dispositivs 1 ging, stimmte die RPK wie folgt ab: 5 Stimmen entfielen auf 5,9 Mio., 4 Stimmen auf 5,1 Mio. Der Kürzungsantrag wurde somit abgelehnt.*

*Antrag: In der Schlussabstimmung empfiehlt die RPK dem Gemeinderat mit 6: 3 Stimmen, den Nachtragskredit zu genehmigen.*

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, **Stadtrat Dr. Cla Reto Famos**, nimmt Stellung: *Der Nachtragskredit ist eigentlich eine bekannte Grösse, in der Septembersitzung des Gemeinderates ist dafür sogar ein Platz im Jahresablauf vorgesehen. Dieses Jahr ist aber auch hier alles anders.*

*Der vorliegende Nachtragskredit ist nicht nur punkto Höhe (5,9 Mio.), sondern auch in Bezug auf die Struktur anders als andere Jahre. Der Stadtrat hat sich entschlossen, alle mit der Pandemie sachlich verbundenen Ausgaben und Einnahmenverzichtete in einen Kredit zusammen zu fassen, unabhängig davon, in welcher Abteilung die Kosten angefallen sind.*

*Das macht aus sachlicher Sicht Sinn, denn der Zusammenhang ist offensichtlich, wie wir alle aus schmerzlicher Erfahrung der letzten sechs Monate erfahren haben. Das Vorgehen zeigt aber auch, dass abgesehen von diesen Kosten keine weiteren Nachtragskredite notwendig sind, was an sich ein gutes Zeichen ist und von der Kostendisziplin der Abteilungen zeugt.*

*Der Stadtrat hat entschieden, dass er angesichts der zurzeit immer noch sehr grossen Unsicherheiten und nicht zuletzt auch im Sinne der Wirtschaft, die auch auf staatliche Aufträge angewiesen ist, zumindest kurzfristig an seinen geplanten Investitionen und Ausgaben verzichtet und damit auf ein Sparprogramm verzichtet. Ja, er hat sich sogar dazu entschlossen, mit der Rabattierung des Uster-Batzens ein kleines, lokal begrenztes Konjunkturprogramm aufzulegen. Diese Kosten gehören zu den 0.8 Mio., welche nicht gebunden sind, wo also der Stadtrat einen Entscheidungsspielraum hatte. Bei den anderen 5.1 Mio. waren die Kosten gebunden, d. h. die Stadt musste die Ausgaben aus zwingenden übergeordneten Gründen tätigen, weil sie zeitlich, örtlich oder rechtlich keinen Handlungsspielraum hatte.*

*Die letzten Monate waren für uns alle eine harte Zeit. Der Stadtrat hat in einer schwierigen Zeit versucht, einen gangbaren Weg durch die Krise zu finden, die in Uster unmittelbar an die Zeit des Notbudgets angeschlossen hat. Ob wir das Ende des Tunnels in Sachen Covid-19 schon bald sehen, werden die kommenden Wochen und Monate zeigen. Der Stadtrat legt mit dieser Vorlage über die letzten Monate Rechenschaft ab und bedankt sich für das Vertrauen.*

Für die SP-Fraktion referiert **Marius Weder** (SP): *Auf den britischen Ökonomen und Mathematiker John Maynard Keynes, einen der bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts, geht die Erkenntnis zurück, dass sich der Staat im Falle von Wirtschaftskrisen antizyklisch zu verhalten hat: Während die Krise läuft, sollen staatliche Aktivitäten und insbesondere Investitionen hochgehalten oder sogar noch weiter hochgefahren werden, damit wenigstens ein wirtschaftlicher Motor noch im Gange bleibt. Dazu gehört, dass man während der Krise tiefrote Zahlen im Staatshaushalt in Kauf nimmt. Ist die Krise dann vorüber, können und sollen entstandene Defizite wieder ausgeglichen werden über die Jahre. Diese Erkenntnis gehört heute zum wirtschafts- und finanzpolitischen Einmaleins. Sämtliche grossen internationalen „Player“ handeln zur Zeit gemäss diesem sogenannten Keynesianismus. Auch der Bundesrat mit SVP-Finanzminister Maurer tut es, der Regierungsrat mit SVP-Finanzdirektor Stocker tut es, und schliesslich tut es auch der Stadtrat mit FDP-Finanzvorsteher Famos.*

*Als wir uns im Frühling im „Lockdown“ befanden und gegen 30% der Wirtschaft darniederlagen, ertönte aus Ustermer Gewerbekreisen der Ruf, der Stadtrat solle aktiv werden und nach Möglichkeit die lokale Wirtschaft ankurbeln. Zu Recht! Mittels der Uster-Batzen Aktion folgte der Stadtrat diesem Hilferuf rasch und unbürokratisch. Am 7. April 2020 bewilligte der Stadtrat einen Rahmenkredit über 2.5 Mio. Franken, um die Finanzierung der städtischen Aktivitäten auch während der ausserordentlichen Lage nach Pandemiegesetz auf ein geordnetes Fundament zu stellen. Mit dem vorliegend beantragten Nachtragskredit zeigt der Stadtrat transparent auf, in welchen Bereichen zusätzliche Kosten angefallen sind. Dabei zeigt sich, dass es sich weitgehend um gebundene Kosten – vielfach herrührend durch Mindereinnahmen und Pandemie-bedingte Mehrausgaben – handelt, auf die die Stadt gar keinen Einfluss hat. Indem der Stadtrat dem Gemeinderat den Nachtragskredit vorlegt, folgt er seiner internen Regelung, wonach bereits bei einer Abweichung von mindestens 300'000 Franken und 2 Prozent des Globalkredits vom Budget des laufenden Jahres ein Nachtragskredit vorzulegen ist. Dem Stadtrat ist für seine Transparenz ein Lob auszusprechen. Wie zu vernehmen ist,*

*sind nun von der rechten Ratsseite Rückweisungs- oder Kürzungsanträge geplant, mit denen der Stadtrat gezwungen werden soll, im nichtgebundenen Bereich Sparmassnahmen zu ergreifen. Angesichts der Tatsache, dass das Jahr 2020 demnächst zu drei Vierteln gelaufen sein wird, ist das reichlich unbehilflich. Bis klar wäre, in welchen Geschäftsfeldern überhaupt noch Einsparungen gemacht werden könnten, wäre das Jahr praktisch gelaufen. Schon in wenigen Wochen werden wir uns in den Sachkommissionen ja mit dem Budget 2021 beschäftigen. Auch ist bei Lichte betrachtet klar, dass die vom Nachtrags-kredit betroffenen Gelder weitestgehend bereits ausgegeben sind oder aufgrund eingegangener Verpflichtungen ausgegeben werden müssen. Sparmassnahmen in diesem Zeitpunkt sind also wohl gar nicht umsetzbar. Sodann ist doch bemerkenswert, dass im Frühling – mehrheitlich bürgerliche – Gewerkekreise absolut zu Recht Unterstützung durch die Stadt forderten, aber bereits jetzt im Spätsommer/Frühherbst – noch mitten in der Krise – die politische Ratsrechte Sparmassnahmen fordert, die der notwendigen Ankurbelung der Wirtschaft mittels staatlicher Aktivitäten diametral zuwiderliefe. Dies, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen der rechten Ratsseite, ist ein doch eklatant widersprüchliches Verhalten und verdient keine Unterstützung. Dem Antrag des Stadtrats stimmen wir zu. Allfällige Rückweisungs- oder Kürzungsanträge lehnen wir ab.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger** (SVP): *Zur Verdeutlichung: Wir haben heute Abend keine Sparmassnahmen verlangt. Wir haben nur verlangt, dass die Auswirkungen auf die NPM-Ziele in der Weisung dargelegt werden, damit wir uns ein korrektes Bild machen können. Wir haben es schon angetönt: Diese Weisung ist völlig ungenügend und der Bedarf an den Nachtragskrediten wird darin nicht substantiiert ausgewiesen. Der Gemeinderat wird mit einigen pauschalen Stichworten abgespeist, bei welchen sogar nicht immer klar ist, ob das nun ein Mehraufwand oder ein Minderertrag oder sonst etwas ist. Aber der Stadtrat weiss es ja wahrscheinlich selber nicht. In den Aufzählungen findet sich zum Beispiel ein Einnahmeverzicht, ich zitiere: «Verzicht auf Rückforderung von kulturellen Fördergelder für Veranstaltungen und Projekte, die infolge der behördlichen Anordnungen nicht durchgeführt werden konnten.» Mein lieber Stadtrat, das ist kein Einnahmeverzicht, sondern schlicht eine Ausgabe. Und gleich bei diesem Posten frage ich mich: Bis Anfang März hatte die Stadt ein Notbudget. Bereits da wusste man, dass da ein Virus in der Luft liegt und wenige Tage später folgte der „Lockdown“. Wann genau tätigte der Stadtrat Auszahlungen für abgesagte Veranstaltungen und Projekte? Während des Notbudgets oder während des „Lockdown“? Und was ist die Rechtsgrundlage für diese Auszahlungen? Liebe RPK, das ist ein Beleg, den es nächstes Jahr zu prüfen gilt. Das war nur ein Beispiel, aber es schlägt auf die ganze Weisung und auf die gesamte Finanzpolitik des Stadtrates durch. Ich habe es vorhin schon erwähnt: Der Stadtrat erachtet es nicht für nötig, schon jetzt zu prüfen, ob er irgendwo etwas weniger ausgeben kann. Egal, wenn rundum die steuerzahlende Bevölkerung wegen der Krise jeden Rappen zweimal umdrehen muss. Der Stadtrat haut die Kohle ungebremst hinaus und wahrscheinlich fordert Mitte/Links dann als Gegenmittel einfach eine Steuererhöhung. Aber zuerst gibt man sich ja noch scheinheilig als gewerbefreundlich aus. Wir haben vorhin beantragt, dass der Stadtrat die Weisung nochmals überarbeiten und besser begründen soll. Aber offensichtlich will der Rest des Rates 6 Millionen gestützt auf null Information sprechen. Dazu können wir nur sagen: Ohne uns!*

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Marc Thalmann** (FDP): *Keynes in Ehren, lieber Marius Weder, aber diese Entwicklung hat er nicht voraussehen können. Wir müssen uns bewusst sein, der Nachtragskredit über die 5.9 Mio. ist ein Zwischenergebnis zur ersten Phase der Covid-19-Pandemie. Für einmal ist die Sicht in die Kristallkugel klar, dass wir auch in den folgenden Jahren mit den finanziellen Auswirkungen konfrontiert sein werden. In welchem Ausmass ist hingegen schwer abzuschätzen. Wichtig wird daher in den kommenden Jahren eine wohlüberlegte und defensive Planung der Ausgaben und Investitionen. Dies als ein dringlicher Appell an den Stadtrat und an die Verwaltung. Betrachtet man den Nachtragskredit im Detail, sind CHF 5.1 Mio. der zusätzlichen Aufwendungen resp. der Mindereinnahmen auf übergeordnete Massnahmen zurückzuführen und waren daher nicht in der Handlungshoheit des Stadtrats. CHF 800'000 sind jedoch auf diverse Beschlüsse des Stadtrats zurückzuführen. Im Einzelnen liegen die Massnahmen alle in der Finanzkompetenz der Exekutive. Im Sinne der Einheit der Materie übertreffen sie aber die dem Stadtrat jährlich zur Verfügung*

stehenden nicht im Voranschlag enthaltenen Ausgaben von CHF 750'000, daher ist es korrekt, diese Ausgaben durch den Gemeinderat genehmigen zu lassen.

Die durch den Stadtrat getroffenen Massnahmen waren teils zur Stützung des lokalen Gewerbes gedacht. Das war und ist im Sinne der FDP/CVP-Fraktion. Klar ist auch, dass zum damaligen Zeitpunkt auch die Höhe der zusätzlichen Aufwendungen für das laufende Jahr nicht abschätzbar war. Auch hat der Stadtrat kommuniziert, sich bei den Investitionen nicht zurückzuhalten, um den privaten Sektor nicht noch mehr unter Druck zu setzen. Das kann soweit nachvollzogen werden. Hingegen scheint es der FDP/CVP-Fraktion, dass es sich der Stadtrat in dieser Situation etwas gar einfach gemacht hat, indem er keinerlei Sparpotenziale geprüft hat, die sicherlich im ordentlichen Haushalt verborgen wären. Dahingehend war auch der Kürzungsantrag der FDP/CVP-Fraktion in der RPK zu verstehen, den Nachtragskredit auf die CHF 5.1 Mio. zu reduzieren. Dem Stadtrat aufzuzeigen, dass er auch und besonders in dieser ausserordentlichen Situation darauf zu achten, unnötige Ausgaben zu beschränken oder mit Stellenbesetzungen zuzuwarten. Ein bereits im Mai in die Wege geleitetes, gewerbeverträgliches Sparpaket hätte sicherlich den einen oder anderen Steuerfranken einsparen können. Das ist der Punkt, den die FDP/CVP-Fraktion dem ansonsten in der Krise umsichtig agierenden Stadtrat ankreidet.

In der Fraktion wurde darüber diskutiert, ob und wie weit es sinnvoll ist, zum heutigen Zeitpunkt noch Zeichen zu setzen. Insbesondere der Detaillierungsgrad bei der Aufschlüsselung der Mehr- und Minderausgaben in der Weisung ist ungenügend und hinterlässt doch beträchtlichen Interpretationsspielraum. Eine Rückweisung zur Überarbeitung erachten wir trotzdem nicht als zweckmässig, da abgesehen von dem zusätzlichen Verwaltungsaufwand weder im Inhalt der Weisung noch finanziell massgebliche Anpassungen zu erwarten sind. Aus dem gleichen Grund verzichten wir auf einen erneuten Antrag um Reduktion des Kredites, obwohl dies einen gewissen Spardruck auf den Stadtrat ausüben würde, aber sinnvolle Massnahmen in den verbleibenden drei Monaten kaum mehr Wirkungen erzielen.

Somit stimmt die FDP/CVP-Fraktion dem Antrag des Stadtrates zu, verbunden mit der Kritik, dass in einer frühen Phase die Chance vergeben wurde, mit möglichen Sparmassnahmen auch den Druck auf die kommenden Jahre zumindest etwas abzufedern. Für eine defensive Ausgabenpolitik und die konsequente Umsetzung von Sparmassnahmen ist es aber nie zu spät!

Für die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion referiert **Walter Meier** (EVP): Was noch vor einem Jahr wohl niemand in diesem Saal für möglich gehalten hat, hält uns bereits seit einem halben Jahr auf Trab. Ein kleines Virus hat unser Leben verändert, auf den Kopf gestellt. Auch in der laufenden Rechnung 2020 der Stadt Uster sind die Auswirkungen dieses Virus zu spüren und das Parlament ist gefragt, wie die Stadt Uster darauf reagieren soll resp. wie das Parlament das Verhalten des Stadtrates in dieser Situation einschätzt. Die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion wird dem Nachtragskredit zustimmen. Dies aus folgenden Gründen:

- Der grösste Teil des Nachtragskredits sind gebundene Kosten. Das heisst, dass der Stadtrat dieses Geld auch ausgeben könnte, wenn das Parlament den Kredit ablehnt.
- Bei rund 0.8 Mio. geht es um Kosten, die nicht gebunden sind resp. die noch nicht gebunden sind (Mietreduktion gewerbliche Mieten).
- Der Stadtrat hat gesehen, dass die Corona-Pandemie viele Personen und Firmen in ernsthafte Schwierigkeiten brachte und immer noch bringt. Er wollte die Situation nicht noch verschlimmern und hat deshalb beschlossen, kein Sparpaket zu schnüren. Diese Haltung können wir nachvollziehen.
- Der Stadtrat hat, wo es ging, gehandelt. Von der Stadt angestellte Personen, welche ihre Arbeit nicht mehr ausführen konnten (z. B. weil das Hallenbad geschlossen werden musste) wurden an anderen Orten in der Stadtverwaltung eingesetzt. Zudem mussten Ferien- und Überzeitgut haben abgebaut werden. Was all diese und weitere Einsparungen im Personalbereich gebracht haben, lässt sich nicht beziffern. Wir vermuten allerdings, dass sie einen grossen Teil der 0.8 Mio. ausmachen könnten.
- Die 5,9 Mio. sind eine Momentaufnahme per 30. Juni 2020. Vielleicht würde es per 31. Dezember etwas mehr oder vielleicht auch etwas weniger brauchen. Eine Veränderung des Kredites ist so viel Stochern im Sand wie die beantragten 5,9 Mio. selber.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Patricio Frei** (Grüne): *Dieses Jahr haben wir alle unseren Horizont erweitert. Niemand von uns hatte eine Ahnung, was ein „Lockdown“ bedeutet; was es heisst, nicht mehr ins Kino gehen zu dürfen, wenn die Beiz geschlossen bleibt und keine Sitzungen stattfinden. Ganz persönlich hätte ich problemlos auf diese Erfahrung verzichten können. Auch für den Stadtrat war der „Lockdown“ Neuland. Er hat einen Ausschuss eingesetzt und diesen mit entsprechenden Finanzkompetenzen ausgestattet. Für die Bevölkerung wurde eine Hotline eingerichtet, das Gewerbe und Gastronomen erhielten Beratung, das Hallenbad wurde geschlossen, die Tagesstrukturen auf Notfallbetreuung ausgerichtet, Mieten reduziert, Usterbatzen verbilligt, Selbständigerwerbende unterstützt und das gratis Parkieren ermöglicht. Nicht alle getroffenen Massnahmen waren nach dem Gusto von uns Grünen. Aber nach unserer Einschätzung hat der Stadtrat in dieser Krise bislang umsichtig gehandelt und adäquat über seine Entscheidungen informiert. Und wir wünschen uns, dass er dies auch weiterhin tut, in der Hoffnung, die Krise möge ein baldiges Ende finden. Die von bürgerlicher Seite erwarteten Sparanträge blieben für einmal aus. Dies kann durchaus auch als Zeichen gewertet werden, dass der Stadtrat in dieser Krise einen insgesamt guten Job abgeliefert hat. Was hätte er denn anders machen sollen? Eine Strassensanierung auf 2021 verschieben? Die Angestellten im Hallenbad entlassen? Die Stadt funktioniert nicht wie ein Unternehmen. Wenn die Privaten sparen, tut die Stadt gut daran, nicht auch noch auf die Bremse zu treten. Denn die Stadt ist nicht nur für die eigenen Finanzen verantwortlich, sondern auch für das Gemeinwohl. Wenn Uster beispielsweise ein Bauvorhaben nicht wie geplant durchführt, kann dies zu Entlassungen führen, wodurch möglicherweise die Sozialausgaben steigen etc. Mit anderen Worten: Die Stadt hat eine gesellschaftliche Verantwortung und diese nimmt sie wahr.*

**Christoph Keller** (SVP): *Der Nachtragskredit hat seinen festen Platz in der September-Sitzung. Das stellen wir nicht in Frage, aber wir stellen fest, dass der Stadtrat keine Sparmassnahmen ergriffen hat. Wir hören immer vom Uster-Batzen. Wir möchten wissen, wieviel Geld davon hingeflossen ist. Wir haben in diesem Zusammenhang auf unseren Taggeldverzicht verzichtet. Keynes meinte nicht die Finanzierung von Mindereinnahmen; er hätte Ihnen den Bau eines unterirdischen Parkhauses vorgeschlagen. Ich habe wie Patricio Frei auch Mühe mit dem Verzicht auf Parkgebühren. Jetzt müssten wir die Parkplätze kostenfrei abgeben, damit jetzt in Uster eingekauft werden kann.*

**Balthasar Thalmann** (SP): *Christoph Keller forderte anfangs des „Lockdown“ auf der SVP-Homepage Soforthilfe, es solle geprüft werden, wie Selbständigerwerbende unterstützt, wie der Uster-Batzen günstiger gemacht werden können. Das war der gleiche Christoph Keller, der dies heute in Frage stellt. Ich bin konsterniert und verstehe die Welt nicht mehr.*

**Christoph Keller** (SVP): *Es freut mich, dass Dir, lieber Balthasar Thalmann, das aufgefallen ist. Ich kann nur mitteilen: Mindereinnahmen eines geschlossenen Hallenbads mit Unterstützung des Gewerbes gleichzusetzen, das geht so nicht. Wir wollten mehr als eine „Hotline“ für Unternehmen. Wir befinden uns hier in einer städtischen Liegenschaft. Andere haben bis heute keine Mietzinsreduktionen erhalten. Es zeigt sich, dass der Stadtrat nicht verstanden hat, wie während eines „Lockdown“ die Liquidität sichergestellt werden muss.*

**Balthasar Thalmann** (SP): *Natürlich habe ich die SVP verstanden. Wenn aber Mindereinnahmen kompensiert werden müssen, dann gibt es letztlich weniger Aufträge für das Gewerbe. Man kann nicht einfach weniger Verwaltungspersonal und weniger Lehrlinge anstellen, denn die öffentliche Hand hat trotz Corona nicht weniger zu tun. Das Gewerbe ist sicher dankbar, wenn wir diesem Antrag des Stadtrates folgen.*

**Christoph Keller** (SVP): *Wir wissen nicht, wie lange dieser „Lockdown“ noch dauern wird. Wir müssen Wirtschaft und Gewerbe am Laufen halten. Wenn wir das Hallenbad unterstützten, nützt das aber Wirtschaft und Gewerbe nicht. Beim Budget 2021 können wir über die Kosten- und Stellenentwicklung diskutieren: Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not!*

**Schlussabstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 25:9 Stimmen:**

- 1. Der Nachtragskredit von 5,9 Mio. Franken betreffend finanzielle Auswirkungen der COVID-19-Pandemie wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 8 Weisung 54/2020 des Stadtrates: Gesuch um Einführung von Tempo 30 in der Zone "Pfannenstielstrasse"

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) referiert **Ivo Koller** (BDP): *Die Kommission für öffentliche Dienste und Sicherheit beriet das vorliegende Geschäft am 7. September 2020. Der zuständige Stadtrat stellte uns das Projekt entsprechend vor. Es folgte eine kurze Diskussion, wobei sich diese in engen Grenzen hielt.*

*Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass über 50 Prozent der betreffenden Anwohner eine Petition unterzeichneten und diese einreichten. Unterschriftsberechtigt sind Personen, welche über 12 Jahre alt sind. Das Gebiet eignet sich aufgrund der vielen Sackgassen sehr gut als Tempo 30 Gebiet. Es sind daher ausser dem Eingangs- resp. Ausgangsportal wenige bauliche Massnahmen notwendig. Dies erklärt den tiefen Betrag in den Investitionen.*

*Die KÖS unterstützt die Anwohnerinnen und Anwohner in ihrem Anliegen für mehr Sicherheit im Strassenverkehr und mehr Wohnqualität, weshalb sie der Weisung einstimmig gutgeheissen hat.*

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Marius Weder** (SP): *Das Geschäft wurde in der RPK am 14. September 2020 diskutiert. Seitens der Exekutive waren der Abteilungsvorsteher Sicherheit, Stadtrat Jean-François Rossier, und der Abteilungsleiter Sicherheit, Enrico Quattrini, anwesend. Das Geschäft führte auch in der RPK zu keinen kontroversen Diskussionen. Die erwähnten Vertreter der Exekutive gaben den Kommissionsmitgliedern kompetent Auskunft dazu.*

*Die Mitglieder der KÖS berichteten aus den Beratungen in der Sachkommission. Erwähnt wurde, dass die betreffende Zone sich für Tempo 30 ideal anbietet, da diese baulich so gestaltet ist, dass bereits jetzt die überwiegende Mehrheit der Strassenverkehrsteilnehmer nicht schneller als mit Tempo 30 fährt. Entsprechend fallen mit knapp 15'000 Franken nur minimale Kosten an, da keine grösseren baulichen Massnahmen notwendig sind.*

*Die RPK stimmte dem Antrag des Stadtrats einstimmig zu.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger** (SVP): *In unserer Fraktion gibt es diverse Meinungen und Kritikpunkte zu den Tempo 30-Vorlagen. Einige finden Tempo-30-Zonen an sich einen „Chabis“, weil sie weder Fisch noch Vogel sind und schlussendlich einfach niemand darin Vortritt hat. Da würde man in einer Quartier-Sackgasse besser gleich eine Begegnungszone einrichten, dann wäre der Fall klar. Dass man neuerdings in Ausnahmefällen Fussgängerstreifen anbringen kann, zeigt doch, dass das Tempo 30-Konstrukt irgendwie nicht stimmig ist.*

*Einige stören sich nicht am Tempolimit, sondern an den üblicherweise horrenden Kosten für die Umsetzung. Das ist zum Glück in der heutigen Vorlage nicht der Fall.*

*Dann kennen Sie ja unsere Grundsatzkritik an der Salamiaktik, die den Volksentscheid von 2009 unterläuft. Das Vorgehen mit den Unterschriften mag zwar gut aussehen, aber es ist eigentlich undemokratisch. Denn es ist möglich, dass die 51% der nicht stimmberechtigten Quartierbewohner den damaligen Entscheid der 49% Stimmberechtigten aushebeln. Das tönt zwar sehr theoretisch, ist aber theoretisch eben möglich.*

*Schlussendlich besteht aber ein Anliegen im Quartier und es lässt sich in diesem Fall günstig umsetzen. Wir werden daher nicht einheitlich abstimmen.*

Präsidentin **Karin Niedermann** (SP) hat in der „Hitze des Gefechts“ vergessen, den Stadtrat zur Stellungnahme einzuladen.

Der Abteilungsvorsteher Sicherheit, **Stadtrat Jean-François Rossier**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Für die SP-Fraktion referiert **Monika Fitze** (SP): *Am vergangenen Freitag war „Parking-Day“. Ein Aktionstag zur Förderung der Lebensqualität in Städten. Vielerorts wurden aus Parkplätzen Ruheinseln mitten in der Stadt: man traf sich für gemeinsames Spiel und Freude. Eine Art symbolische Rückeroberung der Stadt für einen Tag: Die Stadt gehört den Menschen, die sie bewohnen. Dieses Selbstverständnis hat auch die Bevölkerung in den mittlerweile 12 Quartieren, in welchen Tempo 30 bereits eingeführt wurde. Mindestens die Hälfte der Quartierbewohner musste auch in der Pfannenstielstrasse mittels Unterschrift das Einverständnis geben, damit das Gesuch um Einführung von Zone 30 bei der Stadt eingereicht werden konnte.*

*Die Einführung der Zone 30 in der Pfannenstielstrasse ist eine logische Konsequenz: bereits jetzt wird dort gelebt, was danach gesetzlich verordnet wird: Autofahrer und -Autofahrerinnen fahren bereits jetzt freiwillig langsam. So günstig kommt die Stadt sonst nicht zu einer Zone 30; brauchte es doch andernorts stärkere bauliche Massnahmen.*

*Eines der Hauptargumente für beruhigte Quartierstrassen ist die Lebensqualität von Kindern. Den Schulweg ohne erwachsene Begleitung unter die Füsse nehmen zu können, ermöglicht den Kindern eine die notwendige Autonomie zur Entwicklung und Übernahme von Eigenverantwortung und Selbstbewusstsein.*

*Aber auch die Erwachsenen profitieren: die Lärmbelastung ist in 30er-Zonen wesentlich geringer: für den Durchgangsverkehr sind solche Strassen unattraktiv.*

*Der Lebensraum im Quartier wird gerade auch in der jetzigen Zeit noch wichtiger. Die Rückeroberung als Treffpunkt für Jung und Alt trägt dazu bei, einander wahrzunehmen und füreinander zu schauen und die Anonymität aufzubrechen.*

*Die SP unterstützt den Antrag des Stadtrates.*

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Matthias Bickel** (FDP): *Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich um ein weiteres Projekt im Rahmen der Verkehrsberuhigung in den Wohnquartieren: Die Stadt kommt dem Willen zu Tempo 30 der Quartiere nach, wenn dies eine Mehrheit dort wünsche.*

*Der FDP/CVP gefällt dieser schrittweise Ansatz weiterhin, da die Stadt Tempo 30 nicht flächendeckend einführt.*

*Ebenfalls hervorzuheben ist bei diesem Projekt, dass die Strassenverhältnisse nur wenig bauliche Massnahmen zur Umsetzung von Tempo 30 verlangen. Wir verlangen daher von der Stadt, nur die notwendigen Veränderungen vorzunehmen und erst nachzurüsten, wenn die Kantonspolizei dies nach den Messungen in zwei Jahren verlangt.*

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 31:3 Stimmen:**

- 1. Der Stadtrat wird ermächtigt, die Tempo-30-Zone «Pfannenstielstrasse» zu planen und umzusetzen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 9 Weisung 61/2020 des Stadtrates: Reorganisation der offenen Jugendarbeit

Für die Kommission Bildung und Kultur (KBK) referiert **Larissa Weile** (Grüne): *Die Kommission für Bildung und Kultur tagte am 7. September 2020 zu diesem Geschäft. Zu diesem Geschäft waren Barbara Thalmann, Christian Zwinggi und Andreas Wyss anwesend.*

*Nachdem der Gemeinderat am 24. September 2018 dem Verein Freizeit- und Jugendarbeit Region Uster einen jährlichen Kredit für die Jahre 2019 bis 2022 von 610 000 Franken resp. 580 000 Franken genehmigte, wurden in Folge mit dem Verein neue Leistungskontrakte abgeschlossen. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, damit der Verein anstehende organisatorische Fragen klärt und nötige Veränderungen hinsichtlich seiner Zukunftsfähigkeit angeht.*

*In Folge dessen hat sich gezeigt, dass der Verein die Jugendarbeit abgeben möchte. Diese wurde dann kurzfristig und als Übergangslösung in die Stadt Uster integriert. Nun geht es darum, die Jugendarbeit definitiv in die Stadtverwaltung zu integrieren. Wichtig war in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Greifensee. Diese hat sich allerdings in der Zwischenzeit entschieden, die Jugendarbeit selber zu organisieren. Gründe dafür waren gemäss Barbara Thalmann einerseits, dass Greifensee für die Jugendarbeit mehr Geld ausgibt und ausserdem der Meinung war, sie würden in Uster dafür zu viel bezahlen.*

*Die 120 Stellenprozente, welche durch die Absage von Greifensee nun wegfallen werden, haben die Option, von Greifensee übernommen zu werden. Somit verbleiben für die Jugendarbeit Uster 350 statt die unter B5 auf der Weisung angegebenen 470 Stellenprozent.*

*Laut Andreas Wyss gibt es durch die Integration Synergien mit dem Jugenddienst der Polizei. Dies bedeutet mehr und bessere Zusammenarbeit. So konnten bereits Schwerpunkte zum Thema Gewalt gesetzt werden.*

*Der Auftrag Vermietung und Bewirtschaftung des Freizeit- und Jugendhauses sowie der Auftrag der Gemeinwesenarbeit verbleiben wie geplant bis am 31. Dezember 2022 beim Verein Freizeit- und Jugendarbeit Region Uster. Der Prozess für die Neuorganisation läuft und wird von der Stadt begleitet. Das Gesamtbudget wird sich ab 2021 reduzieren, sodass Stellen abgebaut werden müssen. Die Bewirtschaftung muss aber gewährleistet bleiben, die Reinigungsfachfrau soll ihre Anstellung deshalb behalten. In einem Jahr ist eine Evaluation geplant, um im 2022 mit der entsprechenden Weisung an den Gemeinderat zu gelangen. Die Kommission hat die Weisung mit 9:0 Stimmen angenommen.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Larissa Weile** (Grüne): *Darf ich zum Abschluss meiner Ratstätigkeit gleich weiter sprechen für die Fraktion?*

*Die Stadt Uster möchte die offene Jugendarbeit in die Stadtverwaltung integrieren und damit auch Synergien nutzen. Zudem kann die Effizienz des Gesamtbetriebs erhöht werden. Dies macht aus unserer Sicht Sinn weshalb wir die Weisung unterstützen. Da durch die Reorganisation des Vereins Frjz ein Stellenabbau unumgänglich scheint, möchten wir den Stadtrat auffordern zu bedenken, dass hinter jeder abgebauten Stelle ein Einzelschicksal steht. Dies ist insbesondere in der aktuellen Zeit zu beachten wo auf viele ausgeschriebene Stellen überdurchschnittlich viele Bewerbungen eingehen. Wir fordern den Stadtrat deshalb auf, die betroffenen Personen auf ihrer Stellensuche bestmöglich zu unterstützen und zu begleiten.*

**Stadtpräsidentin Barbara Thalmann** verzichtet auf eine Stellungnahme.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Ulrich Schmid** (CVP): *Die vorliegende Weisung ist auf Anfrage der FDP entstanden und weil der Verein FRJZ das gesamte Angebot nicht mehr weiterführen wollte, bzw. hat der Verein bemerkt, dass die Jugendarbeit und die Bewirtschaftung der Liegenschaften zwei völlig unterschiedliche Dinge sind? Für diese Erkenntnis hat der Verein im Übrigen 30 Jahre gebraucht. Dieser Umstand hinterlässt ein ungutes Gefühl, und wir werden bei der allfälligen Erneuerung des Leistungskontraktes mit diesem Verein, sicherlich genauer hinschauen.*

*Wir von der FDP/CVP-Fraktion bekennen uns aber zur Jugendarbeit und befürworten daher diese Weisung. Auch bedanken wir uns für die Klärung des Sachverhalts.*

*Die Erarbeitung der Weisung hat aber zu lange gedauert erstens und zweitens, wollte man von der Gemeinde Greifensee eine um ca. 30 % höhere Kostenbeteiligung. Stutzig macht uns insbesondere auch die Aussage von Monika Keller im heutigen AvU: «Es seien Leistungen gekürzt worden – bei gleich bleibenden Kosten.» Auch sei die Anzahl Projekte halbiert worden und die aufsuchende Jugendarbeit falle geringer aus. Die Folge ist nun, dass sich die Gemeinde Greifensee anderweitig organisiert. Sehr schade!*

*Für die Jugendlichen aus Uster und Greifensee ist somit eine weiterführende Lösung gefunden. Was aber ist mit den Jugendlichen aus Nänikon? Müssen diese neu nach Uster und sich mit Jugendlichen treffen, welche sie gar nicht kennen? Oder dürfen sie «gratis» weiterhin mit ihren Kolleginnen und Kollegen ins Jugendhaus Greifensee? Wie sieht die Lösung für Jugendliche aus Nänikon aus?*

*Gerne erwarten wir von Andreas Wyss bis zum 1. Januar 2021 auch für die Näniker Jugendlichen eine Lösung, welche als solche bezeichnet werden kann. Weiter erwarten wir keine neuen und zusätzlichen Kosten. Dies natürlich bei einem qualitativ gleichwertigen Leistungskatalog für das gesamte Angebot. Denn von Leistungsabbau ist in der Weisung keine Rede.*

Für die SP-Fraktion referiert **Markus Wanner** (SP): *Wir haben dem Verein für seine 30jährige Tätigkeit zu danken. Die offene Jugendarbeit in die Stadtverwaltung zu integrieren macht sicher Sinn. Es zeigt aber auch den Geist der Zeit. Überall wird es schwieriger, Personen zu finden, welche sich für das Allgemeinwohl, die Zivilgesellschaft einsetzen, und genügend Zeit dafür aufwenden können und wollen sowie das nötige Wissen mitbringen. Sei es ein soziales Engagement, in Vereinen, in der Politik. Mit diesem Integrationsschritt in die Verwaltung erfolgt auch eine Professionalisierung in der Organisation. Das ist meistens positiv, kann aber teurer werden.*

*Wir danken daher dem Verein Freizeit und Jugendarbeit Region Uster, also dem FRJZ, für seine langjährige, ehrenamtliche Arbeit sehr gute Arbeit in Uster. Wir können die Beweggründe verstehen, finden es aber schade. Wir wünschen dem FRJZ für sein weiteres zivilgesellschaftliches Engagement im Rahmen der Bewirtschaftung des Freizeit- und Jugendhauses sowie in der Gemeinwesenarbeit viel Befriedigung und Erfolg.*

*Warum sich Greifensee bei der offenen Jugendarbeit nicht mehr Uster anschliesst, konnten wir heute auch in den Medien lesen. Ein Angebot für eine andere Gemeinde hat halt seinen Preis.*

*Mit der Integration in die Verwaltung kann Uster nun direkt Einfluss auf das Angebot und die Dienstleistungen nehmen, ohne Drittpartner. Wichtig für unsere Fraktion ist, dass die offene Jugendarbeit weiterhin professionell betrieben wird. Dafür setzen wir uns ein.*

Für die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion referiert **Andreas Pauling** (Grünliberale): *Die offene Jugendarbeit erfüllt eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe: junge Menschen in der manchmal etwas schwierigen Phase des Erwachsenwerdens zu unterstützen. Diese Aufgabe hat in der Vergangenheit erfolgreich der Verein Frjz im Auftrag der Stadt Uster übernommen. Durch eine Neuorientierung wird der Verein Frjz dieses Engagement abgeben. Dass die Stadt diese wichtige Aufgabe übernimmt, macht aus der Sicht der Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion grundsätzlich Sinn. In der Zwischenzeit ist die Gemeinde Greifensee ist aus dieser Zusammenarbeit ausgestiegen. Die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion bedauert es sehr, dass keine gemeinsame Lösung gefunden werden konnte, denn damit verlieren wir Synergieeffekte bei der offenen Jugendarbeit Nänikon. Wir werten es allerdings als positiv, dass dank Einsparungen neu 30'000.- für die Frühförderung zur Verfügung stehen. Ich gestatte mir noch eine kritische Anmerkung: Die Jugendarbeit wurde ja bereits per 1. April 2020 provisorisch in die Stadtverwaltung integriert. Damit sind bereits Tatsachen geschaffen worden, die der Gemeinderat zwar nachträglich nicht bewilligen könnte; aufgrund der gegebenen Tatsachen wäre dies aber nicht sinnvoll.*

### **Detailabstimmung**

Die Kommission für Bildung und Kultur beantragt folgende Änderung im Dispositiv:

Ziffer 2 wird gestrichen (Ziffer 3 wird zu Ziffer 2).

**Der Antrag wird mit 35:0 Stimmen angenommen.**

**Schlussabstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 35:0 Stimmen:**

- 1. Die offene Jugendarbeit wird in die Stadtverwaltung integriert und der Leistungsgruppe Kindheit, Jugend und Inklusion unterstellt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

**10 Weisung 64/2020 des Stadtrates: Rückbau Temporäre Dreifachturnhalle Buchholz mit Option "Biodiversität", Baukredit von brutto 325'000 Franken inkl. MWST**

Die Rechnungsprüfungskommission hat diese Weisung noch nicht beraten.

**Damit ist das Geschäft vertagt.**

## 11 Weisung 67/2020 des Stadtrates: Energie Uster AG, Geschäftsbericht 2019

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) und die Rechnungsprüfungskommission referiert **Marius Weder** (SP): *Das Geschäft wurde in der KÖS am 7. September 2020 diskutiert. Seitens der Exekutive waren der Abteilungsvorsteher Finanzen, Stadtrat Cla Famos, und der Abteilungsleiter Finanzen, Patrick Wolfensberger, anwesend. Die Energie Uster AG war vertreten durch ihren Verwaltungsratspräsidenten, Stadtrat Stefan Feldmann, den Vorsitzenden der Geschäftsleitung, Bruno Modolo, und den Bereichsleiter Finanzen/Administration, Thomas Christen. Der Geschäftsbericht 2019 der Energie Uster AG führte in der KÖS kaum zu kontroversen Diskussionen. Die erwähnten Vertreter von Exekutive und Energie Uster AG gaben den Kommissionsmitgliedern kompetent Auskunft dazu. Inhaltlich kann das Geschäftsjahr 2019 als durchaus erfreulich bezeichnet werden. Hinsichtlich der Geschäftszahlen verweise ich auf das nachfolgende Referat der RPK.*

*Seitens der Vertreter der Energie Uster AG wurde im Wesentlichen informiert, dass CHF 7 Mio. Brutto-Investitionen vorgenommen wurden. Vom Strom-Absatz her war ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Beim Gasverkauf lag ein Zuwachs vor, der temperaturabhängig ist. Beim Wasserverkauf gab es ebenfalls einen leichten Rückgang. Der Ökofonds konnte weiter geöffnet werden, und die gesetzten Indikatoren konnten 2019 erreicht werden.*

*Weiterhin werden sogenannte "Sharing-Produkte" ausgebaut: Bei den Ladestationen wurden 2019 deren sieben umgebaut, weitere 17 werden zur Zeit abgeklärt. Im Sinne eines Ausblicks kann gesagt werden, dass bei der Gas-Strategie Zukunftsfragen geprüft werden. Ab 2021 soll eine weitere Ökologisierung eingeführt werden. Dazu wird ein entsprechender Mix vorgesehen. Die Energie Uster AG arbeitete 2019 am "Massnahmenplan Klima" mit, ebenfalls bei "Energistadt Gold". Auch bei Stromprodukten sind Ökologisierungen vorgesehen, so betreffend Wärmeverbund. Hier steht insbesondere der Ausbau Uster Nord im Vordergrund; zudem wird auch Uster Zentrum geprüft. Beim Wärmeverbund Greifensee ist ein Massnahmenplan in Arbeit. Ein weiteres grösseres Projekt liegt mit "Smart" vor; hier sollen "intelligente Zähler" eingeführt werden, die den Stromkonsumenten eine bessere Kontrolle ihres Verbrauchs ermöglichen.*

*Zu effektiv kritischen Nachfragen von Kommissionsmitgliedern führte wie schon in den Vorjahren letztlich einzig der Punkt, wonach die Energie Uster AG und die Stadt als Alleinaktionärin es weiterhin vorziehen, keinen Bericht zu den an die Verwaltungsratsmitglieder ausbezahlten Entschädigungen zu publizieren, da dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit ihrer Meinung nach schutzwürdige interne Interessen gegenüberstünden.*

*Die KÖS stimmte dem Antrag des Stadtrats auf Kenntnisnahme des Geschäftsberichts 2019 der Energie Uster AG bei Abwesenheit eines Kommissionsmitglieds einstimmig zu.*

*Das Geschäft wurde in der RPK am 14. September 2020 diskutiert. Seitens der Exekutive waren der Abteilungsvorsteher Finanzen, Stadtrat Cla Famos, und der Abteilungsleiter Finanzen, Patrick Wolfensberger, anwesend. Der Geschäftsbericht 2019 der Energie Uster AG führte auch in der RPK zu keinen kontroversen Diskussionen. Die erwähnten Vertreter der Exekutive gaben den Kommissionsmitgliedern kompetent Auskunft dazu. Der Referent der KÖS berichtete aus den Beratungen in der Sachkommission.*

*Inhaltlich kann das Geschäftsjahr 2019 als durchaus erfreulich bezeichnet werden. Der Gewinn der Energie Uster AG beträgt 3.481 Mio. Franken nach 3.412 Mio. im Vorjahr, also minim höher. Als steuerbefreite gemeinnützige Unternehmung darf die Energie Uster AG ihrer Alleinaktionärin, der Stadt Uster, maximal 6% Dividende ausschütten, was 600'000 Franken ausmacht. Die Einlage in den Ökofonds beträgt ebenfalls 600'000 Franken. Derzeit weist er ein Guthaben von 1.8 Mio. Franken auf. Im Geschäftsjahr 2019 wurden zusätzliche Rückstellungen in der Höhe von CHF 3.1 Mio. gebildet, wovon CHF 1.5 Mio. für die Erneuerung des Werkhofs und CHF 1.6 Mio. für das Wärmegeschäft vorgesehen sind. Von den bestehenden Rückstellungen wurden rund CHF 2.83 Mio. für die Erneuerung des Werkhofs und die Sanierung des Kraftwerkkanals verwendet.*

*Die RPK stimmte dem Antrag des Stadtrats auf Kenntnisnahme des Geschäftsberichts 2019 der Energie Uster AG einstimmig zu.*

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, **Stadtrat Dr. Cla Reto Famos**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Jürg Krauer** (FDP): *Jetzt geht es auch um den Klimaschutz, sogar um konkrete Themen und Taten. Im Grunde genommen wie vorher bei der Interpellation zu den Pflanzenschutzmitteln. Es ist daher schon bemerkenswert, dass der Klimaschutz offenbar bei den Pflanzenschutzmitteln bzw. der Biodiversität und dem Energiesektor aufhört. Anders ist es nicht zu erklären, dass die Initiantinnen der Einzelinitiative nicht mal das nachfolgende Thema abgewartet haben. Vermutlich wurden diese Zusammenhänge in der Biologie-Stunde während der Freitags-Demonstrationen erklärt.*

*Für die FDP/CVP-Fraktion ist das Thema Energie und was die Energie Uster daraus macht, allerdings relevant.*

*Dass die Energie Uster wirtschaftlich sehr gut dasteht, steht ausser Frage. Auch hat sie es in den letzten Jahren geschafft, sich als modernes, frisches Unternehmen zu positionieren, welches unserer Meinung nach insbesondere für die Zukunft sehr gut aufgestellt ist.*

*Und diese Zukunft birgt für die Energie Uster auch einige Herausforderungen. Die vollständige Liberalisierung des Strommarktes, die Sicherstellung der Versorgungssicherheit, die Digitalisierung und natürlich der Klimawandel. Die Energiestrategie 2050 wird zum einen eine Veränderung des Produktmixes der Energie Uster mit sich bringen, hohe Investitionen in die Infrastruktur, zum Beispiel zur Sicherstellung des Strombedarfs zum Laden von Elektroautos, bedingen und es muss auf neue Gesetze und Regularien konsequent reagiert werden können.*

*Zur Bewältigung all dieser künftigen Herausforderungen braucht die Energie Uster eine potente Schlagkraft, insbesondere finanzieller Natur. Mit den freiwilligen Gewinnreserven von gut 27 Mio. CHF hat die Energie Uster diese notwendigen Ressourcen. Wir sind überzeugt, dass die Energie Uster dieses Kapital bei Bedarf gezielt in vielversprechende Projekte investieren wird und so ihren Weg in eine nachhaltige Zukunft konsequent weitergehen wird.*

*Vielversprechende Projekte bestehen, wie zum Beispiel aliunid AG oder auch Smart Home Systeme. Dass solche Projekte vermehrt im Geschäftsbericht erwähnt werden, begrüssen wir sehr. Denn genau dies haben wir im letzten Jahr gefordert. Zudem darf man bei der ganzen Diskussion um die künftige Verwendung der freiwilligen Gewinnreserven nicht vergessen, dass die Energie Uster AG im Wettbewerb zu anderen Energiedienstleistern steht und sich daher aus strategischen Gründen nicht jederzeit in die Karten schauen lassen darf. Auch wenn wir uns dies vielleicht wünschen.*

*Die FDP/CVP-Fraktion vertraut dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung der Energie Uster und dankt für die sehr gute Arbeit.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Marco Ghelfi** (Grüne): *Das ganz Selbstverständliche, das Alltägliche, das nehmen wir meist kaum wahr: Z. B. die Beleuchtung in diesem Saal und das funktionierende Mikrofon. Dazu gehört auch sauberes Trinkwasser, welches direkt in unsere Küchen geliefert wird und eine funktionierende WC-Spülung.*

*Für die meisten von uns sind diese Dienstleistungen eine Selbstverständlichkeit. Es hat immer Wasser, immer Strom und immer Gas für die Heizung. Dahinter steckt aber ein gigantischer Aufwand, hunderte von engagierten Fachleuten, 24 Stunden Einsatzbereitschaft, dutzende laufende Baustellen, viel Innovation und Ideen für die Zukunft. An dieser Stelle ein riesiges Kompliment an die Energie Uster für diese unsichtbare, aber enorm wichtige Dienstleistung für uns in Uster.*

*Von all diesen verschiedenen Leistungen möchte ich eine erwähnen.*

*Der Ökofonds der Energie Uster bietet diverse Fördermöglichkeiten für private Personen, Firmen und öffentliche Institutionen. Genau das sind die richtigen Massnahmen, um die Stadt Uster für die Zukunft zu rüsten. Die Bürger werden von Profis beraten und können von innovativen Lösungen profitieren. Im Jahr 2019 sind ca. Fr. 360'000 Franken an solchen Fördermöglichkeiten genehmigt worden. Das ist erfreulich. Noch schöner wäre es natürlich, wenn der Fonds nächstes Jahr noch aktiver in Anspruch genommen würde und noch mehr energetische Sanierungen oder Investitionen in E-Mobilität getätigt werden könnten, sodass wir den Ökofonds in naher Zukunft komplett ausschöpfen werden.*

*Gespannt sind wir Grünen auch auf die Gas-Ausstiegsstrategie, welche im Zuge des Netto-Null-Zieles schon sehr bald an die Hand genommen werden muss. Irgendwann werden wir wohl ganz aussteigen müssen.*

*Nochmals besten Dank für ihren Einsatz und ein erfolgreiches Jahr an die Energie Uster.*

Für die SP-Fraktion referiert **Marius Weder** (SP): *Unterzieht man den Geschäftsbericht 2019 der Energie Uster AG einer eingehenden Betrachtung, so darf man insgesamt doch ein weitestgehend positives Fazit ziehen. Nicht nur sind die Finanzen mit einem Bilanzgewinn von wiederum knapp 3.5 Mio. Fr. im Lot, sondern auch in Bezug auf den Fitnessstand der Energie Uster AG im Hinblick auf die Energiewende ist festzuhalten, dass man hier weiterhin gut unterwegs ist. So kann etwa erwähnt werden, dass auch im letzten Jahr wiederum diverse Solaranlagen erstellt wurden, an denen sich die Energie Uster AG entsprechend beteiligte. Die Projekte bezüglich Wärmeverbünden sind ebenfalls positiv zu erwähnen. Auch sonst kann festgestellt werden, dass die Energie Uster AG sehr innovativ ist, was das Anbieten von Stromsparmassnahmen für die Bevölkerung der Stadt betrifft. Der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat der Energie Uster AG kann also auch aus unserer Sicht wiederum ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt werden.*

*Leider ist nach wie vor - und damit zu meinem Ceterum Censeo beim Thema Energie Uster AG - der altbekannte Wermutstropfen im Geschäftsbericht hinsichtlich dessen fehlender Transparenz bei der Frage der Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder festzustellen. Ich muss mich hier gegenüber früheren Jahren daher leider einmal mehr wiederholen. Ein Vergleich: Schon seit langem ist ohne Schwierigkeiten in Erfahrung zu bringen, was ein Mitglied des Bundesrats, des Zürcher Regierungsrats oder auch des Ustermer Stadtrats verdient; bei letzteren wenigstens hinsichtlich dessen Kerntätigkeit. Auch die Entschädigungen der Spitzen von Staatsbetrieben bzw. weitestgehenden Staatsbetrieben wie SBB, Post oder Swisscom werden jährlich mitgeteilt. Und selbst in der Privatwirtschaft setzt sich bei Publikumsgesellschaften unter dem Druck der öffentlichen Meinung einerseits und internationaler Rechnungslegungsstandards andererseits immer mehr die Einsicht durch, dass diesbezüglich für Transparenz zu sorgen ist. Auch hier im Rat hatten wir diese Debatte vor gut fünf Jahren ja bereits hinsichtlich der Entschädigungen der Mitglieder des Stadtrats für den Einsitz in Verwaltungsräten von Amtes wegen. Es stünde der Energie Uster AG unseres Erachtens daher inskünftig gut an, in diesem Punkt endlich für angemessene Transparenz zu sorgen, nota bene gegenüber ihrer Eigentümerschaft, der Bevölkerung der Stadt Uster. Eine derartige Transparenz würde nicht zuletzt auch allfälligen Mutmassungen, man habe etwas zu verbergen, vorbeugen.*

*Und schliesslich ist wiederum hinsichtlich der Zusammensetzung des Verwaltungsrats anzumerken, dass bei künftigen Vakanzen vermehrt das Augenmerk auf eine geschlechter-mässige Parität zu legen ist. Denn eine Frau gegenüber sechs Männern ist doch eine gar einseitige Verteilung. Der Stadtrat wird hier gefordert sein.*

*Dem Antrag auf Kenntnisnahme des Geschäftsberichts stimmen wir zu.*

Für die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion referiert **Ivo Koller** (BDP): *Ich bedaure, dass Energie Uster AG nicht vertreten ist. Mein vorbereitetes Votum wird dem Geschäftsbericht eigentlich nicht gerecht. Denn die Zahlen sind wiederum erfreulich und die Energie Uster AG macht einen insgesamt kundenfreundlichen, aktiven und auch auf die Umweltthematik engagierten Eindruck und nicht ganz irrelevant, die Energie Uster AG versorgt uns zuverlässig mit Strom, Gas, Wärme und hoffentlich gesundem und unbedenklichem Wasser.*

*Daher ist es einerseits irgendwie schade aber langsam auch wirklich mühselig, dass überhaupt über das Thema der Vergütungen diskutiert werden muss. Der Vorgang wiederholt sich ja nun schon seit Jahren, wir kritisieren im Gemeinderat die fehlende Transparenz punkto Vergütungen – passieren tut aber gar nichts. Unsere Voten verhalten immer irgendwo ungehört.*

*Nun wurde unserer Fraktion zugetragen, dass der Stadtrat dieses Jahr den vertraulichen Beschluss gefasst hat, dass die Energie Uster AG einen Vergütungsbericht veröffentlichen soll. Für dieses Jahr sollte dieser noch ausschliesslich der KÖS zugänglich gemacht werden, ab nächstem Jahr hätte dieser für alle einsehbar sein sollen. Die Veröffentlichung eines Vergütungsberichtes ist nichts anderes, was viele andere Firmen schon viele Jahre praktizieren. Es fördert die Transparenz und würde aufzeigen, dass sie eine anständige Vergütungspolitik betreiben. Aber mit jedem Jahr steigt das Misstrauen, dass hier unverhältnismässige Saläre versteckt werden sollen.*

*Der Stadtrat übt die Aktionärsrechte aus und stellt bekanntlich mit Stefan Feldmann auch den Verwaltungsratspräsidenten, von daher ist anzunehmen, dass dieses Anliegen im Verwaltungsrat eingebracht wurde. Auch anzunehmen ist, dass der Stadtrat beim Verwaltungsrat offensichtlich nicht durchgedrungen ist und sich der Verwaltungsrat weigert diesen Beschluss umzusetzen. Für uns ein nicht hinzunehmender Affront gegenüber dem Aktionär, weshalb wir den Stadtrat auffordern entsprechende Massnahmen einzuleiten. Des Weiteren werden wir beantragen in der Überarbeitung der Gemeindeordnung die Pflicht zur Veröffentlichung des Vergütungsberichts festzuhalten.*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Christoph Keller** (SVP): *Wenn die Reinigungsflasche fürs Rednerpult leer ist, machen wir Feierabend, sehr geehrte Frau Präsidentin? (Heiterkeit im Saal)  
Die guten Dienstleistungen der Energie Uster AG sind insbesondere wegen ihrer Unabhängigkeit möglich. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Werkleitungsbau Wärmeverbund begonnen hat.*

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 35:0 Stimmen:**

- 1. Der Gemeinderat nimmt vom Geschäftsbericht 2019 der Energie Uster AG Kenntnis.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 12 Postulat 573/2020 von Patricio Frei (Grüne): Weniger Laubbläser und Laubsauger

Von Patricio Frei (Grüne) ist am 24. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie er den Einsatz von Laubbläsern und Laubsaugern durch die Stadt und von Dritten auf dem Stadtgebiet minimieren kann.

Begründung

Laubbläser und Laubsauger verursachen eine gravierende Beeinträchtigung der Boden-Biologie. Die Geräte zerstören Kleintiere wie Spinnen und Insekten. Da die abgesaugten oder mit einer Luftgeschwindigkeit von bis zu 220 km/h weggeblasenen Blätter und Äste nicht mehr auf dem Boden verrotten, wird die Humus- und Nährstoffbildung behindert. Die am Boden lebenden Kleintiere wie Würmer, Insekten, Spinnen und Kleinsäuger verlieren Nahrung und Lebensraum, der Boden wird seiner Deck-Schicht beraubt, die ihn vor Austrocknung und Kälte schützt.

Viele der Geräte sind für Anwohnerinnen, Anwohner, Passantinnen und Passanten eine massive Lärmbelästigung. Die Geräte produzieren Schall bis zu 115 Dezibel, was ungefähr dem Lärm eines Presslufthammers entspricht.

Diesen gesundheitsschädigenden Faktoren sind insbesondere auch die Mitarbeiter der Stadt bei der Verwendung der Laubbläser ausgesetzt.

Zudem produzieren die Verbrennungsmotoren von Laubbläsern – wie alle Motoren - Abgase, stossen gesundheitsschädliche Kohlenwasserstoffe, Stickoxide und Kohlenmonoxid aus und tragen so zur Luftverschmutzung bei.

Die Reduktion von Laubbläsern und Laubsaugern bedeutet folglich auch ein Beitrag zur Biodiversität. Eine Möglichkeit zur Reduktion der Nutzung dieser Geräte wäre, bestimmte Strassen (z.B. Waldstrassen, Feldwege und kleinere Quartierstrassen) gar nicht bzw. mit Besen zu räumen. Wir bitten den Stadtrat, ein Konzept dazu zu erarbeiten und etwaige Kostenfolgen auszuweisen.

Auch zum Konzept gehört unserer Ansicht nach die Informationspolitik. Der Stadtrat soll die ansässigen Liegenschaftsbesitzer und -verwalter sowie Hauswartungen aktiv über die negativen Auswirkungen sowie die möglichen Folgeschäden beim Gebrauch von Laubbläsern informieren.

**Patricio Frei** (Grüne) begründet das Postulat: *Ursprünglich wurden Laubbläser und Laubsauger entwickelt, um im Herbst heruntergefallenes Laub auf Strassen, Wegen und Rasenflächen im Siedlungsgebiet und in Parks möglichst rasch zusammen zu bringen. Der Einsatz von Laubbläsern spart Zeit und damit Kosten. Viele Laubbläser haben einen Benzinmotor und sind sehr laut. Sie erreichen mit bis zu 115 Dezibel die Lautstärke eines Presslufthammers. Ihre Abgase verpesten die Luft und schaden dem Klima. Doch schlimmer noch: Sie richten im Garten Unheil an. Laubsauger ziehen mit Luftgeschwindigkeiten von 160 Stundenkilometern alles in ihren Sack, was nicht fest verwurzelt ist. Pech für Kleintiere wie Käfer, Spinnen und andere Bodenbewohner – vor allem, wenn noch ein Häcksler hinter dem Rohr-Ende lauert. Laubbläser wiederum wirbeln alles durcheinander – was nicht nur Igel und Vögel die Nahrung vertreibt. Dem Boden wird die natürliche Deckschicht geraubt, die ihn vor Austrocknung und extremer Kälte schützt. Laubbläser wirbeln ausserdem neben vielen Blättern auch Staubpartikel auf. Darunter auch sonst still an Blättern schlummernde Bakterien, Schimmelpilze, Gräser- oder Blütenpollen. Was unserer Gesundheit nicht unbedingt förderlich ist. So viel Aufwand kann man sich sparen. Das Entfernen und Entsorgen der Blätter verringert die Bodenaktivität und entzieht dem Lebensraum Nährstoffe. Vor allem auf Beeten und unter Bäumen und Sträuchern sollte man die Laubschicht liegen lassen. Denn diese schützt empfindliche Pflanzen und kleine Bodenbewohner am besten gegen die Winterkälte. Und im Frühjahr zersetzen dann die Bodenlebewesen das Laub und geben wertvolle Mineralstoffe an den Boden ab. Das Herbstlaub ist also der beste Dünger fürs nächste Frühjahr. Was heute vom Baum fällt, nährt morgen die Tulpen und natürlich auch wieder den Baum, von dem das Blatt herunterfiel. In vielen Fällen könnte man problemlos auf den Einsatz der Laubbläser und Laubsauger verzichten. Besonders in Privatgärten. Dort wird deren Lärm zusehends zu einem Nachbarschaftsproblem. Die Stadt Uster soll den Einsatz von Laubbläsern und Laubsaugern auf dem Stadtgebiet minimieren und mit einem Konzept aufzeigen, wie sie Liegenschaftsbesitzer und Hauswartungen über deren negativen Auswirkungen sensibilisiert. Vielen Dank, dass Sie diesen Vorstoss unterstützen.*

Der Abteilungsvorsteher Bau, **Stadtrat Stefan Feldmann**, verzichtet auf eine Stellungnahme (Stadtratsbeschluss 148 vom 28. April 2020: Entgegennahme).

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Hans Denzler** (SVP): *Sind die Laubbläser und Laubsauger so schlecht wie sie im Postulat dargestellt werden? Um das zu beurteilen muss man den Arbeitsbereich genauer anschauen, wo macht es Sinn, wo nicht. Nehmen wir mal als Beispiel Laubbäume auf einer Wiese (Rasen). Da ist es sicher nicht angebracht ein solches Gerät einzusetzen. Laubrechen genügt und von Hand zusammennehmen oder sogar liegen lassen.*

*Bei befestigten Wegen und Plätzen, speziell in Kieswegen und -plätzen ist der Laubbläser nicht so schlecht, wie es der Postulant darstellt. Auf dem Wegnetz leidet die Bodenbiologie nicht stark, da es sich ja auch nicht um eine Biodiversitätsfläche handelt. Die Humusbildung sollte man auf Kiesplätzen und -wegen verhindern, ansonsten muss man in kurzer Zeit die Anlagen erneuern.*

*Die Instandhaltung des Wegnetzes verursacht ebenfalls Immissionen, neues Strassenkies, Lastwagenfahrten, Baumaschinen usw.*

*Waldstrassen mit Besen zu reinigen bin ich sofort bereit, wenn sich Freiwillige für diese Arbeit zu Verfügung stellen. Im Gemeindegebiet Uster erstreckt sich das Waldwegnetz auf eine Länge von ca. 30 km. Die Waldwege werden einmal im Herbst von Laub und kleinem Astmaterial mit einem Laubbläser befreit. Aber selbst auf diesen Wegen wird darauf geachtet, wo der Laubbläser eingesetzt wird und wo nicht.*

*Eine Aufklärungskampagne, wo ein Laubbläser und Laubsauger sinnvoll eingesetzt wird und wo nicht, ist sicher eine Möglichkeit, auf die Problematik dieser Geräte aufmerksam zu machen.*

*Über alles gesehen denke ich, wird schon viel über die Biodiversität diskutiert und gesprochen, womit auch sicher die Laubbläser und –sauger ein Thema sind. Braucht es wirklich für ein solches Thema wieder einmal ein theoretisches Konzept? Ein Konzept auszuarbeiten und umzusetzen kostet Geld und in der Praxis ändert sich nichts, ausser man würde Verbote aussprechen, das ist sicher aber nicht in unserem Sinn. Also belassen wir es doch bei einer Aufklärung ohne grosses Konzept. Am 18. März 2019 hat der Gemeinderat die Motion 511 dem Stadtrat überwiesen und am 11. November 2019 als erheblich erklärt. Der Stadtrat wird aufgefordert mit einem Massnahmenpaket aufzuzeigen, wie die Biodiversität gefördert werden kann. Das Thema Laubbläser müsste eigentlich in der Motion 511 aufgenommen werden. Es kann doch nicht sein, dass wir alles separat behandeln. Die SVP/EDU-Fraktion lehnt das Postulat ab*

Für die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion referiert **Mary Rauber** (EVP): *Laubbläser machen gemäss BAFU einen Lärm, welcher durch die SUVA als gefährlich eingestuft wird. Was Sie aber nun zu hören bekommen, möchten Sie lieber auch nicht hören: Benzinbetriebene Laubbläser stossen nicht nur vergleichsweise mehr Abgase aus als Autos, nein, sie wirbeln auch Hunde- und Katzenkot, Bakterien, ja sogar Viren durch die Luft... Ich verstehe nicht, weshalb wir uns das antun. Wir zerstören den Lebensraum von Kleinstlebewesen um uns selber zu schaden?*

*Der Stadtrat zeigt in seiner Stellungnahme das Spannungsfeld zwischen Sauberkeit und Ökologie auf. Er weist auch auf eine nötige Erhöhung der personellen Ressourcen hin, welche durch Laubrechen und Zusammennehmen entstehen würden. Aber Arbeitsplätze bestehen ja bereits. Und soziale Arbeitsplätze brauchen wir nach dieser herausfordernden Corona-Zeit unbedingt. So können wir Menschen eine Chance geben. Wir werden dem Postulat zustimmen.*

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Andrea Grob** (FDP): *Mit seinem Postulat für weniger Laubbläser und Laubsauger sticht Patricio Frei in ein Wespennest. So sinnvoll der Einsatz dieser Maschinen sein kann, so unsinnig und schädigend kann er im Gegenzug sein. Wenn ich bei Strassen- und Unterhaltsarbeiten sehe, wie das Laub von der einen Ecke in die andere geblasen wird, stellen sich mir Fragen. Als absolute Tierliebhaberin will ich keiner Tierart den Lebensraum nehmen. Als ich aber mitten im „Corona-Lockdown“ im Heimatdorf unseres Nationalhymne-Autors – nämlich in Bauen – war und einem Bauern zusah, wie er das Heu auf einem sehr steilen Hügel zu Haufen blies, sah ich den Einsatz von Laubbläsern vollkommen ein.*

*Das Thema ist aber – pointiert ausgedrückt – nicht des Gemeinderats würdig. Es gibt definitiv wichtigere Geschäfte, für die der Stadtrat und der Gemeinderat seine Zeit nutzen soll. Ebenso bin ich als FDP-Mitglied davon überzeugt, dass die zuständigen Abteilungen sehr wohl in eigener Kompetenz und Verantwortung darüber entscheiden können, wo der Einsatz von Laubbläsern und Laubsaugern massvoll ist und wo nicht. Wie der Stadtrat in seiner Stellungnahme vom 28. April 2020 schreibt, kann das verrottende Naturgut auch nicht einfach liegen gelassen bleiben – wie auch von Patricio*

*Frei vorgeschlagen wurde. Das wäre schlichtweg zu gefährlich. Strassenräume mit dem Besen zu säubern benötigt sehr viel mehr Ressourcen und somit einen finanziell höheren Aufwand. Das Geld steht dafür momentan ganz einfach nicht zur Verfügung.*

*Obwohl die FDP/CVP-Fraktion geschlossen hinter dem Anliegen von Patricio Frei steht, lehnen wir ebenso geschlossen das Postulat ab. Wir appellieren an den gesunden Menschenverstand, die eigene Meinungsbildung, Kompetenz und Verantwortung der jeweiligen Abteilungen.*

Für die SP-Fraktion referiert **Markus Wanner** (SP): *Eine Kundschaft für Laubbläser zu gewinnen ist aus Marketingsicht eine Meisterleistung. Beim besten Willen: Man findet keine Vorteile für solche Geräte. Warum Laubbläser aus ökologischer Sicht – sprich der Boden-Diversität - mehr als bedenklich sind, erklärt der Postulant eindrücklich in der Begründung. Auch findet man mehrere Studien zu diesem Thema im Internet.*

*Und man findet locker weitere Gründe, warum solche Geräte Unsinn sind:*

- *Laubbläser sind eine erhebliche Lärmbelastung für diejenigen, welche sie benutzen, aber auch für die Anwohnerinnen und Anwohner. Ein Schalldruckpegel von 100 dB wird von der SUVA als gefährlich eingestuft.*
- *Sie benötigen Energie, in den meisten Fällen Benzin und verursachen CO2.*
- *Die Benutzerinnen und die Benutzer sind Benzindämpfen ausgesetzt.*
- *Dier Geräte sind schwer, teuer und müssen gewartet werden.*

*Das sind alles Punkte, die klar gegen den Einsatz von Laubbläsern spricht. Was spricht dann für den Einsatz eines Bläse? Ist man dann wenigsten mit einem solchen Geräte effizienter? Auch da scheiden sich die Geister. Das ist in der heutigen Zeit der falsche Ansatz. Man muss sich vielmehr überlegen, ob man nicht besser überprüft, ob wirklich alle Strassen und Plätze immer laubfrei sein müssen.*

*In einem Punkt sind wir mit dem Postulat nicht einverstanden. Das Postulat fordert zu prüfen, wie man den Einsatz von Laubbläsern minimieren kann. Anstatt minimieren wäre vermutlich besser, diese zu verbieten. Zumindest die Energie-Stadt Uster müsste da mit gutem Vorbild vorangehen. Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat.*

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 20:15 Stimmen:**

- 1. Das Postulat 573/2020 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

### 13 Postulat 575/2020 von Karin Niedermann (SP) und Angelika Zarotti (SP): Bewegung auf sicheren Schulwegen

Von Karin Niedermann (SP) und Angelika Zarotti (SP) ist am 24. Mai 2020 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, [wie Uster das Zurücklegen des Schulwegs zu Fuss und/oder per Velo vermehrt fördern kann, bei gleichzeitigem Gewährleisten eines sicheren Schulwegs. Insbesondere soll überprüft werden, mit welchen Alternativen die aktuell aus Distanz- oder Sicherheitsgründen durchgeführten Bustransporte für Primarschülerinnen und -schüler, ersetzt werden können.]

#### Begründung

Der Schulweg ist ein Thema in einem besonderen Spannungsfeld: Einerseits sollen die Kindergartenkinder und Schülerinnen und Schüler den Schulweg möglichst selbständig machen, zu Fuss und später per Velo. Sie sollen den Schulweg als Momente erleben wo Abenteuer und Entdeckungen möglich sind, wo Freundschaften gepflegt – und auch mal eine Streiterei ausgetragen - werden können. Der Schulweg ist also ein Ort des motorischen, sozialen und persönlichen Lernens und Wachsens.

Andererseits muss natürlich die Schulwegsicherheit gewährleistet sein, auch ohne elterliche Begleitung oder gar Elterntaxis. Zurzeit werden für Kinder, die besonders lange oder besonders schwierige Schulwege haben, durch die Primarschule Bustransporte organisiert. Das wiederum nimmt den Kindern die oben dargelegten Vorteile eines selbständig zurückgelegten Schulwegs und ist insbesondere auch aus gesundheitlichen Überlegungen fragwürdig. Internationale Empfehlungen postulieren für Kinder und Jugendliche mindestens eine Stunde Bewegung pro Tag. Gemäss der 2016 präsentierten SOPHYA (Swiss children's Objectively measured Physical Activity) Studie schneiden Kinder in der Schweiz im europäischen Vergleich schlechter ab; rund 1/3 der gemessenen 6-16-jährigen Kinder erreichte die empfohlene Mindestmenge von 1 Stunde pro Tag Bewegung nicht; ihre körperliche Aktivität nahm mit jedem Lebensjahr ab, während die sitzend verbrachte Zeit entsprechend zunahm. Positiv stachen Kinder hervor, die in einem Sportverein waren oder Velo fuhren. Auch ist Bewegung in der Kindheit DER Prädiktor für gesundheitswirksame Bewegung im Erwachsenenalter. Nebst den Eltern ist hier auch die Schule in der Pflicht.

Es stellt sich also die Frage, wie Uster das Zurücklegen des Schulwegs zu Fuss und/oder per Velo vermehrt fördern kann, gleichzeitig aber einen sicheren Schulweg gewährleistet. Dabei sollen insbesondere auch etablierte und bewährte Aktivitäten wie z.B. Pedibus oder Lotsendienste (durch ältere Schüler/innen) geprüft werden.

Das ist auch ganz im Sinn von 'Uster steigt um': infrastrukturelle und organisatorische Bedingungen auf den Schulwegen in Uster sollen so sein, dass auf Bustransporte oder Elterntaxis aus Sicherheits- oder Distanzgründen für Kinder verzichtet werden kann zugunsten von Bewegung zu Fuss oder per Velo.

Last but not least interessiert uns zudem zu erfahren, unter welchen Bedingungen Primarschülerinnen und -schüler schon früher als in der 5. Klasse mit dem Velo zur Schule fahren könnten. Besten Dank.

**Angelika Zarotti (SP)** begründet das Postulat: *Die Stadt Uster soll eine fussgänger- und velofreundliche Stadt werden für alle. Der Schulweg ist ein wichtiger Teil im Alltag von Schulkindern. Durch das miteinander zu Schule gehen fördert er den sozialen Umgang miteinander. Aber nicht nur der soziale Umgang wird gefördert auch die Beziehung zur Natur. Auf dem Schulweg erleben die Kinder den Kreislauf der Jahreszeiten, die Umwelt sieht nicht jeden Tag gleich aus. Nach einem Regentag hat es zum Beispiel Schnecken auf der Strasse, welche zu bestaunen sind. Sicher erinnern auch wir uns alle über das eine oder andere Erlebnis, welches wir auf dem Schulweg erlebten. Bestimmt möchten wir diese nicht missen. Bei einem Schulweg, welcher nicht mit dem Schulbus oder sogar Elterntaxi gemacht wird, kann schon ein Teil der täglich empfohlenen Bewegungseinheit erledigt werden. So wird der Bewegungsdrang der Kinder bereits am Morgen etwas gedeckt und mit frischem Sauerstoff im Blut ist man lernfähiger und aufmerksamer. Es wäre begrüßenswert, wenn Ustermer Kinder in der nächsten SOPHYA-Studie besser abschneiden als in der 2016 erhobenen Studie. Diese besagt, dass die Kinder in der Schweiz im europäischen Vergleich schlechter abschneiden. Rund ein Drittel der 6-16-jährigen Kinder erreichen die empfohlene Mindestmenge von einer Stunde Bewegung pro Tag nicht. Damit Eltern ihre Kinder allein auf den Schulweg schicken können, muss dieser sicher sein. Wir begrüßen es und danken dem Stadtrat, dass er bereit ist Alternativen zum Schulbus zu überprüfen. Selbstverständlich steht die Sicherheit im Vordergrund. Auch sind wir gespannt, unter welchen Bedingungen Primarschüler und Primarschülerinnen früher als in der ersten Klasse mit dem Velo zu Schule fahren können. Wir danken dem Gemeinderat jetzt schon, dass er unser Anliegen unterstützt.*

Die Abteilungsvorsteherin Bildung, **Stadträtin Patricia Bernet**, verzichtet auf eine Stellungnahme (Stadtratsbeschluss 133 vom 7. April 2020: Entgegennahme).

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Markus Ehrensperger** (SVP): *Die SVP/EDU-Fraktion stimmt der Überweisung dieses Postulats zu. Dies mit dem Hinweis, dass wir uns auf eine vernünftige und ausgewogene Auslegeordnung freuen, die auch die Werte Eigenverantwortung und Selbständigkeit einbezieht. Also müssen wir dem Stadtrat das Vertrauen schenken, dass er eine neutrale Betrachtung vornimmt. Wobei uns beim aktuellen rot/grünen Stadtrat eher angst und bange wird, dass die Postulatsantwort aus zwei Worten bestehen wird: "Uster autofrei". Zugegebenermassen wäre das die ultimative Lösung der Aufgabenstellung im Postulat. Vernünftigerweise und mit Blick auf die ganze Bevölkerung vermutlich aber nicht die richtige.*

Für die Grünliberale/EVP/BDP-Fraktion referiert **Andreas Pauling** (Grünliberale): *Sichere Schulwege und genügend Bewegung der Schulkinder sind auch der Mittefraktion ein Anliegen. Der Schulweg, der die Kinder sowieso zurücklegen, ist eine sehr gute Gelegenheit, sich zu bewegen und soziale Kontakte zu pflegen. Und die sollte genutzt werden. Die zurückzulegenden Distanzen sind alle zu Fuss oder mit dem Velo von Schulkindern gut zu bewältigen. Gerade bei längeren Schulwegen, für die das Velo am geeignetsten ist, ist die Sicherheit entscheidend und leider nicht überall gegeben. Wir hoffen, dass dieses Postulat der Anlass ist, nicht nur die aktuellen sicheren Velowege für Schulkinder zu analysieren, sondern sich auch zu fragen, wie bei zukünftigen baulichen Massnahmen die Sicherheit der Velofahrenden erhöht werden kann. Dank der vom Volk angenommenen Veloinitiative ist das Velowegnetz in Uster vermehrt ein Thema. Die Mittefraktion wird das Postulat überweisen und fordert, dass das Velowegnetz in Uster zügiger verbessert, erweitert und sicherer gemacht wird.*

Für die FDP/CVP-Fraktion referiert **Peter Müller** (FDP): *Wir sprechen hier über die Sicherheit und die Gesundheit der Schulkinder von Uster. Von daher scheint es a priori klar, dass man ein solches Anliegen unterstützen sollte. Im Postulat und in der entsprechenden ersten Stellungnahme gibt es aber auch einige Punkte, die es genauer anzuschauen gilt: Das aktuelle Transportreglement ist nicht veraltet, sondern stammt aus dem Jahr 2018. Es ist also nicht so, dass man einen langewährenden Missstand adressiert und es darf die Frage gestellt werden, ob die im Postulat erwähnten Themen nicht bereits in der Erarbeitung dieses Reglements geklärt wurden. Davon würde ich einmal ausgehen. Die im Transportreglement aufgeführten Distanzen und Kriterien scheinen zudem auch vernünftig und verhältnismässig zu sein. Zum Beispiel die 1.6 km, die einem Kindergartenkind als Fussweg zugemutet werden. Das scheint mir nicht zu wenig zu sein, wenn ich an das Verkehrsverhalten und kognitiven Fähigkeiten meiner Söhne zurückdenke, als sie in den Kindergarten kamen. Die vorgeschlagenen Alternativen von Pédí-Bus und Lotsendiensten würden wohl wenig bringen, wenn die Distanzen das Kriterium sind warum Kinder mit dem Bus gefahren werden. Ein Fussmarsch von ca. 2 km mit einer Handvoll Kindergartenkindern, die sich alle an einem Seil festhalten, würde schlicht zu lange dauern, um sie z.B. in der Mittagszeit nach Hause und wieder in die Schule zu bringen. Der Stadtrat ist aber gerne bereit das Postulat entgegenzunehmen. Deshalb steht für mich die Annahme im Raum, dass die effektiven Distanzen und Schülerzahlen nicht hauptsächlich von diesen Mindestlängen, sondern eher von den anderen Kriterien, wie Gefährlichkeit, Wetter, Höhenunterschied abhängen. Ich hätte mir gewünscht – und dies ist auch als Bitte an den Stadtrat für zukünftige erste Stellungnahmen gemeint – uns erste Kennzahlen und Fakten mitzuliefern. Es ist schwierig zu entscheiden, ob man diesen Auftrag an den Stadtrat geben will, wenn man das Problem überhaupt nicht quantifiziert und eingeordnet hat.*

- *Wie viele Schüler, werden wie oft, wie weit transportiert?*
- *Welche Schulhäuser und Schulstufen sind wie betroffen?*
- *Welche Distanzen zwischen Wohnort und Schule betreffen diese Transporte und wie oft werden die Mindestdistanzen unterschritten?*

*Eine entsprechende Einordnung und Quantifizierung gehörten nach unserem Verständnis in die Stellungnahme. Diese Fakten wären einfach zu erheben und würden eine qualifizierte Diskussion erlauben. Wir wünschen nun, dass der Stadtrat diese Zahlen als erstes erhebt und seinen Aufwand, den er in die Beantwortung dieses Postulates investiert, entsprechend anpasst. Wir unterstützen das Postulat und sind gespannt auf den entsprechenden Bericht.*

Für die Grüne-Fraktion referiert **Eveline Fuchs** (Grüne): *Mit dem vorliegenden Postulat soll der Stadtrat prüfen, wie Schüler vermehrt zu Fuss oder per Velo den Schulweg zurücklegen können und wie die Stadt Uster sichere Schulwege gewährleisten kann. Es soll auch geprüft werden, welche Alternativen zu Bus-Transporten und Eltern-Taxis bestehen.*

*Geht es jetzt um mehr Bewegung? Oder geht es um sichere Schulwege? Es scheint uns nicht ganz klar, was genau das Ziel des Postulates ist.*

*Wenn es um die Sicherheit geht, müssen wir das Rad nicht neu erfinden. So besteht beim Verkehrsclub Schweiz VCS schon lange das Projekt „Für einen kindergerechten Schulweg“. Es handelt sich um ein Vorgehen, in welchem der VCS federführend ist und alle Betroffenen gleichermaßen eingebunden werden, wie z. B. Eltern, Kinder, Lehrpersonen, die Schule, die Gemeinde usw. Der VCS bietet zudem Aktionswochen unter dem Motto „walk to school“ an. Dieses Projekt setzt das zu Fuss gehen voraus, damit die Kinder erleben, wie spannend der Schulweg sein kann.*

*An dieser Stelle möchte ich betonen, dass das Thema Elterntaxi mit diesem Postulat nicht gelöst werden kann. Umfragen und Beobachtungen zeigen, dass diese degenerierte Form von Schulwegbewältigung eher noch zunimmt. Eltern fahren ihre Kinder schon lange nicht mehr aus Sicherheits- oder Distanzgründen zur Schule. Es sind wohl eher andere Gründe dafür auszumachen, die hier jetzt nicht aufgezählt werden müssen. Auf Elterntaxis, die die Kinder zur Schule bringen und wieder abholen, folgen nach Schulschluss diejenigen, die ihre Kinder zum Sport fahren und wieder abholen. Eltern stellen mit ihrer oft egoistischen Fahr- und Parkierweise ein Unfallrisiko vor Schulhäusern und, wo möglich, auf Schularealen dar.*

*Selbstverständlich ist es uns Grünen klar, dass die Stadt Uster für sichere und zumutbare Schulwege sorgen muss. Wir zweifeln aber daran, dass dieses Ziel mit diesem Postulat erreicht werden kann. Wenn wir diesen Vorstoss trotz Vorbehalten unterstützen, dann mit der ausdrücklichen Forderung an den Stadtrat, es nicht bei einer Überprüfung bewenden zu lassen, sondern alles daran zu setzen, dass unsere Kinder ihren Schulweg sicher unter die Füsse und unter die Räder nehmen können.*

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 35:0 Stimmen:**

- 1. Das Postulat 575/2020 wird überwiesen.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

## 14 Kenntnisnahmen

Gemeinderat Ivo Koller (BDP) hat seinen Übertritt zu den Grünliberalen ab 1. Oktober 2020 erklärt, womit die Grünliberale/EVP-Fraktion gebildet worden ist (vergleiche Seiten 752 und 869).

Der Stadtrat hat die Volksabstimmung über die Weisung 55/2020 (GRB vom 8. Juni 2020) und die Weisung 56/2020 (GRB vom 8. Juni 2020) auf Sonntag, 7. März 2021 festgesetzt (Stadtratsbeschlüsse 378 und 379 vom 8. September 2020).

Folgende Anfragen sind beantwortet worden:

- 596/2020 von Silvan Dürst (SVP), Anita Borer (SVP), Christoph Keller (SVP) und Rolf Denzler (SVP): „Coronavirus-Pandemie – wofür wurden der Rahmenkredit und die ZKB-Jubiläumsdividende verwendet?“ vom 9. Juli 2020 (Stadtratsbeschluss vom 15. September 2020)
- 597/2020 von Andrea Grob (FDP), Jürg Krauer (FDP) und Beatrice Caviezel (Grünliberale) vom 15. Juli 2020: Altersstrategie Stadt Uster in Bezug auf Tagesstrukturen und Ferienplätze (Stadtratsbeschluss vom 15. September 2020)

Die Ratsmitglieder haben am 21. September 2020 erhalten:

- Elterninformation der Primarschule Uster (Ausgabe September 2020)

Die Mitglieder der Kommission Planung und Bau (KPB) haben am 16. September 2020 erhalten:

- Revision Ortsplanung, Projekt „Stadtraum 2035“, Phase 2, Revision kommunale Richtplanung, Zusammensetzung Echoraum 1 (Stadtratsbeschluss 400 vom 15. September 2020)

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 9. November 2020 statt.

Für das Protokoll

Der Ratssekretär  
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

6.10.2020

Die Präsidentin  
Karin Niedermann

7.10.2020

Die Stimmzähler  
Eveline Fuchs

Ursula Räuftlin

Balthasar Thalmann